

## **DRINGLICHKEITSANTRÄGE**

### **1) Integrationserklärung für Drittstaatsangehörige, Konventionsflüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte**

GR. **Rajakovics** stellt namens von ÖVP und SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt nicht genau vorlesen, was im Motivenbericht steht, weil der ist ja eh zugesandt worden inklusive dem Text der Integrationserklärung. Ich möchte auf das eingehen, warum eine Integrationserklärung aus unserer Sicht natürlich kein Allheilmittel darstellt, aber ein konsequenter Schritt ist in dem, was wir in den letzten Jahren oder eigentlich Jahrzehnten im Integrationsbereich an Bemühungen unternommen haben und warum es gerade jetzt auch so einer Integrationserklärung bedürfen könnte. Ich habe dazu über diese Erklärung auch mit zwei, aus meiner Sicht, Experten auch gesprochen, weil ich sie lange kenne, ich habe sie nicht in ihrer Funktion, sondern persönlich gefragt, das eine war der Fred Ohenhen, mit dem ich sehr lange schon sehr eng verbunden bin, das zweite ist der Will Eawo, der nicht als Vorsitzender, als Geschäftsführer des Menschenrechtsbeirates, sondern als Will mit mir gesprochen hat und beide haben gesagt aus ihrer Sicht wäre es durchaus wünschenswert, einmal auch grob zusammengefasst auch vorzulegen, was von uns erwartet wird gegenüber jenen, die neu zuziehen. Es hat sich in den letzten Jahren natürlich auch im Bereich der Zuwanderung einiges verändert und auch sehr vieles getan. Daher war es sehr gut, dass angefangen von vor 20 Jahren noch Alfred Stingl, der sich sehr bemüht hat, über die NGOs eine Struktur zu schaffen, dass Neuzuzug auch ohne Konflikte möglich ist, was ja eine große Hilfe war bei den ganzen Wirren des Jugoslawien-Krieges bis später dann die letzte Krise in Jugoslawien im Kosovo hat es sehr große Gruppen gegeben von Menschen, die nach Graz gekommen sind, die allerdings eines gemeinsam gehabt haben, dass die Integration oder die Vorstellung vom Zusammenleben und vom

grundsätzlichen Funktionieren einer Gesellschaft sehr ähnlich war, weil auch der jugoslawische Staat im Prinzip so funktioniert hat, auch mit einem anderen System, wie wir ihn kennen. Es hat Schulen gegeben, auch Infrastruktur, Ärzte, Krankenversicherungssystem, Schulpflicht, Krankenversicherungspflicht, diese ganzen Dinge sind für viele, die vor 20 Jahren als Zuwanderer oder vor 15 Jahren gekommen sind, eine Selbstverständlichkeit gewesen. Die Zuwanderungsgruppen haben sich geändert und haben sich massiv geändert und zwar in den letzten paar Monaten. Aufgrund einer Krise, die in der Form so nicht absehbar war, die aber große Gruppen von Menschen zu uns bringt, die vom Kulturkreis, vom Selbstverständnis, auch vom Selbstverständnis, wie funktioniert eine Gesellschaft, deutlich andere Erlebnisse, auch von Klein auf ganz andere Erlebnisse gehabt haben, als wir sie für uns als Selbstverständlich erachten. Jetzt kann man sagen natürlich, wer kommt, muss sich die Gesetze anschauen, hat selbstverständlich sich nach diesen Gesetzen zu richten, nichtsdestotrotz glaube ich, dass es notwendig ist, auch hinzuführen, wie diese Gesellschaft funktioniert. Das haben wir mit der Gründung des Integrationsreferates 2007 begonnen, dass wir auch selbst als Stadt Graz definieren, wie wir uns das Zusammenleben vorstellen, das haben wir mit der Integrationsstrategie im letzten Jahr noch einmal verstärkt und wir haben seit mehreren Jahren mit der Welcome-Box eine Möglichkeit geschaffen, jedem, der nach Graz neu kommt, das gilt dann auch natürlich für Zuwanderer aus Österreich, aus Kärnten oder sonst wo, aber für jeden, der einen neuen Hauptwohnsitz schafft, dass wir eine Broschüre haben, die genau auflistet, was es in Graz gibt, wie wir unser Selbstverständnis haben, wo sind Unterstützungssysteme etc. Das ist alles die Angebotsseite und es ist gut, dass wir sehr viele Angebote setzen, die es Menschen erleichtern, in Graz sich zurecht zu finden. Was fehlt und was immer wieder auch von Seiten, sei es jetzt Mitarbeitern auch unseres Magistrates, sei es auch von Mitarbeitern in Schulen oder Kindergärten, ist dieses Selbstverständnis, mit dem wir Bildungssysteme, Zugang zur Bildung, auch die Selbstverständlichkeit, dass Bildung gleichwertig Mädchen und Burschen etc. zukommen soll, dieses Selbstverständnis ist in der Form in manchen Zuwandererbereichen nicht so gegeben, wie wir es uns

wünschen würden. Wir wollen nicht einen Rückschritt machen bei den Angeboten. Was wir aber dazu haben wollen, auch wenn wir wissen, dass das kein Allheilmittel ist und dass natürlich eine Unterschrift über eine Integrationserklärung auch geleistet werden kann, wo man sich denken kann Putzlicht, trotzdem wollen wir mit einer Integrationserklärung noch einmal auf zwei Seiten zusammenfassen, was wir, nachdem das ja allgegenwärtig diskutiert wird und auch von vielen Parteien immer wieder angezogen wird, was wir als wesentliche Werte und Regeln verstehen und zwar so zusammengefasst, dass es niemanden überfordert, sondern dass es relativ klar ist und diese zwei Seiten wollen wir dann tatsächlich nicht nur wie die Welcome-Box in sieben Sprachen, sondern tatsächlich in allen Sprachen haben, die wir zur Zeit bei Hauptwohnsitzanmeldungen notwendigerweise brauchen werden. Das heißt, ob das jetzt arabisch etc. das ist für uns eine zusätzliche Möglichkeit, darauf hinzuweisen, wie unsere Gesellschaft funktioniert und wie wir uns wünschen, dass Menschen, die kommen, die auch weiter kommen werden und ich möchte es gleich auch anfügen, weil manche sagen, wir wollen gar keine Leute da haben, was machen die Menschen da? Die Menschen kommen, wir leben in einer globalen Welt, wir leben auch durch Verflechtungen von Betrieben, die von Graz ausgehen und auch unseren Wohlstand sichern, in die ganze Welt davon, dass die Welt international ist. Daher werden wir uns nicht nur die Rosinen herauspicken können und den Wohlstand horten, sondern wir haben auch mit der anderen Seite dieser Welt zu tun, Menschen kommen, was für uns wesentlich ist, dass es uns gelingt, dass möglichst viele möglichst rasch erkennen und ihnen klar ist, was Voraussetzung ist, damit es funktioniert.

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Bitte langsam zum Ende kommen.

GR. **Rajakovics**: Daher haben wir in dieser Integrationserklärung folgende dringliche Punkte angeführt:

1. Alle Personen, die nicht aus Österreich oder EU-Staaten kommen und einen Antrag auf eine freiwillige Unterstützung der Stadt Graz (Sozialcard, Kinderbildung und -betreuung, Gemeindewohnung, Sport- und Ferienkurse, Wirtschaftsförderung etc.) stellen, werden aufgefordert, die Integrationserklärung mittels Unterschrift zur Kenntnis zu nehmen oder eine unterschriebene Integrationserklärung vorzuweisen.
2. Die zuständigen Stellen des Magistrats werden beauftragt zu prüfen, inwieweit eine zentrale Erfassung einer vorgewiesenen Integrationserklärung möglich ist. Ziel der zentralen Erfassung ist es, dass AntragstellerInnen nicht bei jeder Inanspruchnahme einer Leistung die Integrationserklärung mit sich führen müssen.
3. Darüber hinaus werden der Steiermärkische Gesetzgeber sowie der Bundesgesetzgeber auf dem Petitionsweg dazu aufgefordert, die gesetzlichen Bestimmungen zur Mindestsicherung in Österreich im Zuge der laufenden Evaluierung bundeseinheitlich zu regeln, um den Auslegungsspielraum zu minimieren, sowie eine adäquate Integrationserklärung in diese Neuregelung im Zuge der 15a-Vereinbarung über eine bundesweite bedarfsorientierte Mindestsicherung aufzunehmen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Also wir brauchen über die Dringlichkeit nicht mehr debattieren, sondern dieser Antrag ist bereits dringlich, weil 24 : 23 und wir sind bereits bei der inhaltlichen Debatte.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** zum Antrag: So oder so, liebe Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Das vorliegende Stück greift rechtliche Bestimmungen auf, die ohnehin teilweise jetzt für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gesetzliche Grundlage sind und wir halten diesen Vorschlag, diese Maßnahme nicht für

adäquat, um das erklärte Ziel erreichen zu können, nämlich Integration zu verbessern, zu verstärken. Und deshalb werden wir als KPÖ, Dringlichkeit hat sich schon ergeben, aber auch dem Inhalt und dieser vorgeschlagenen Maßnahme nicht zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat! Das, was positiv ist an diesem Antrag ist, dass es eine echte und ehrliche Eingeständniserklärung für die völlig unverantwortliche fahrlässige und eigentlich gemeingefährliche Zuwanderungspolitik der letzten Jahre ist. Ihr gesteht also heute ein, ÖVP und SPÖ, dass bereits 10.000e hier sind und auch wenn man an die Grenzen blickt, noch kommen werden, die keine Ahnung von unseren Werten, Gesetzen und Traditionen haben, gratuliere, Köln lässt grüßen (*Applaus FPÖ*). Es ist halt auch ein durchschaubares Spiel, vor allem von der ÖVP in Person des Herrn Bürgermeisters, der ja noch vor ein paar Wochen dagestanden ist und die Welcome-Politik hier auch im Gemeinderat hochgehalten hat und jetzt draufkommt, nachdem er auch merkt, dass das finanzielle Belastungen mit sich zieht, dass er sich jetzt Sorgen macht und anfangt mit Alibiaktionen den Bürgern Sand in die Augen zu streuen, das könnt ihr gerne machen, nur sicher nicht mit uns (*Applaus FPÖ*). Ihr wollt also Asylwerbern, Nicht-EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen erklären und sie dann auch unterschreiben lassen, dass sie unsere Kultur, unsere Werte und unser Miteinander achten müssen. Ich sage dazu, das muss eine Selbstverständlichkeit sein, das muss man erwarten können. Jeder, der zu uns kommt, ganz egal, aus welchem Grund auch, muss unsere Werte, unsere Regeln, unsere Spielregeln akzeptieren, sonst greifen die Sanktionen, sonst greifen die Gesetze und die müssen auch ganz klar, wenn es so weit ist, exekutiert werden, wo es dann heißt, wenn sich jemand nicht an unsere Regeln, an unsere Hausordnung hält, dann hat er bei uns nichts verloren, dann heißt es für ihn auf Wiedersehen (*Applaus FPÖ*) und wir brauchen ihn nicht bei uns. Und mit solchen zahnlosen Erklärungen, die überdies auch eine reine und teure...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Auf Wiedersehen ist da falsch.***

GR. Mag. **Sippel**: Auf Wiedersehen sage ich zu ihm, wenn er unsere Gesetze nicht... tun wir halt ein bisschen, ich weiß, ihr macht euch gerne lustig über dieses Thema, ich finde, dieses Thema ist wirklich zu ernst, um da solche Scherze auch zu machen, aber ich hoffe, du verstehst es, wie ich das gemeint habe. Ich glaube auf jeden Fall nicht, dass ihr mit dieser zahnlosen Erklärung Männer, die 15 Jahre lang in einer... Entschuldigung, aber es kann ja auch sein, dass du dort hinfährst und die wieder siehst, wo er herkommt, also das ist natürlich auch möglich. Aber ich glaube nicht, dass Männer, die 15 Jahre lang in einer Gesellschaft erzogen worden sind, in denen Frauen nichts wert sind, sich aufgrund von ein paar Smiley-Piktogrammen und Erklärungen ändern werden und ich glaube auch nicht, dass sich beispielsweise der junge Marokkaner, bevor er die Frau begripscht, sich daran erinnert, dass er irgendetwas in dieser Art und Weise unterschrieben hat. Was wir brauchen, und das möchte ich abschließend sagen und wir haben es eh immer wieder auch erwähnt und das wird uns immer vorgeworfen, auch in dieser Debatte, dass wir da keine Lösungen hätten. Nein, wir wiederholen das gebetsmühlenartig seit Wochen, was wir brauchen, ist eine sofortige Schließung der Grenze, wir brauchen Remigrationsmaßnahmen, wir brauchen konsequente Abschiebungen von straffällig gewordenen Asylwerbern, wir brauchen aber auch Abschiebungen von Menschen ohne Bleibeperspektive, wir brauchen Verhandlungen mit den Herkunftsländern, weil es kann ja bitte nicht sein, dass diese Länder die Entwicklungshilfe kassieren, dann ihre straffällig gewordenen Landsleute nicht zurücknehmen (*Applaus FPÖ*). Also da muss sich auch einmal die Politik auf die Hinterbeine und da müssen wir vorgehen und diesen Bereich gilt es, die

Energien auch aufzuhalten. Und abschließend noch, also wenn man schaut, mit welchen Schmähs hier auch operiert wird, wisst ihr, wie viele Asylanträge am Montag dieser Woche gestellt worden sind? 170. Der Herr Verteidigungsminister hat uns erklärt, dass diese 80 ja nur für die Grenze in Spielfeld gelten, das heißt, das ist alles ein Schmäh, das ist alles eine Mogelpackung, das ist alles ein Obergrenzenschmäh und auch nicht dabei oder dazugerechnet sind diejenigen, die dann im Landesinneren Asylanträge stellen. Also das heißt, auch diese tägliche Obergrenze ist alles nur ein Schmäh, eine genau gleiche Augenauswischerei wie dieser dringliche Antrag. Und was noch notwendig ist, dass wir endlich auch unsere Anreizsysteme in dieser Stadt herunterfahren, da tut sich ja Graz auch hervor, wir haben viel zu schnellen Zutritt auch zu sozialen Leistungen, auch zu den Wohnungen und wir haben endlich wieder auch eine Politik zu machen, für die wir alle hier herinnen auch gewählt sind, nämlich eine Politik für unsere österreichischen Landsleute (*Applaus FPÖ*). Und als letzter Satz, ich glaube, die Erklärungen, die wirklich notwendigerweise und schleunigst unterschrieben werden sollen, das sind die Rücktrittserklärungen dieser unfähigen Bundesregierung (*Applaus FPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Liebe Kolleginnen, Kollegen! Ich weiß nicht, wer heute in der Nacht deutsche Nachrichten angeschaut hat und das unsägliche Interview mit dem Außenminister Kurz gesehen hat, wo so offensichtlich geworden ist, wie die ÖVP, und das sage ich jetzt für die ÖVP im Gesamten auf Bundesebene, aber leider eben auch von der Haltung her inzwischen in Graz angekommen in den letzten Monaten bewusst eine Eskalation betreibt hin bis zu dem Zeitpunkt jetzt, wo eine humanitäre Katastrophe in Griechenland ganz bewusst und aktiv in Kauf genommen wird und Politik mit der Angst der Menschen gemacht wird, ganz bewusst, ganz absichtlich, um eine Grundhaltung, die in Österreich doch auch bewiesen wurde, zu unterhöhlen, zu unterminieren, die letztendlich eigentlich in einem großen Teil der Bevölkerung schon

da war, nämlich, dass es eine Situation ist, die zwar eine Katastrophe ist, die sich niemand gewünscht hat, aber wo wir als reiches Land zusammenhalten können, wenn wir in Europa in einer solidarischen Vorgangsweise Lösungen finden. Diese Haltung wird von der ÖVP in Österreich vom Anfang an torpediert und untergraben und der Herr Außenminister Kurz hat heute in der Nacht ein deutliches Zeichen davon gesetzt, die Frau Innenministerin brauche ich nicht weiter beschreiben, es ist wirklich beschämend. Dass diese Haltung inzwischen leider auch in Graz angekommen ist bei einer ÖVP, die doch am Anfang zumindest erkannt hat, dass wir hier als Gesellschaft einen Auftrag und vor allem eine Zukunftsherausforderung haben, die wir bewältigen könnten, das ist leider auch inzwischen in Graz als Hoffnung gestorben. Diese Vereinbarung, die jetzt da vorliegt, auf die will ich nicht näher eingehen, die Vereinbarung ist eigentlich ein Nona-Papier, es wird auch jeder unterschreiben und dann hat man damit aber nichts gewonnen. Denn sie ist eine Beruhigungsspiel nach außen, zuerst macht man Angst, dann tut man die Sorge erhöhen, dann sagt man als Politik, wir schaffen das nicht und dann streut man eine Beruhigungsspiel mit so einer Integrationsvereinbarung, wo Dinge drinnen stehen, die eh rechtlich, wie schon gesagt worden, eh Standard sind und die auch notwendig sind. Warum wird das so gemacht? Man sieht das jetzt an der Diskussion über die Mindestsicherung. Letztendlich geht es darum, Systeme in Frage zu stellen und die ÖVP versucht das ja schon länger zu betreiben, dass die sozialen Sicherungssysteme in Österreich so nicht aufrecht zu erhalten seien und das Thema Flüchtlinge wird als wunderbares Argument herangezogen, um diese Unterhöhnung zu betreiben und an der Mindestsicherungsdebatte sehen wir das schon und deswegen bin ich besonders überrascht, dass die SPÖ sich da mit auf den Antrag hinaufsetzt für ein Alibi-Papier, das darüber hinwegtäuscht, dass wir im Gegensatz zu Wien zum Beispiel oder in anderen Bundesländern, wo die Grünen auch in einer Regierung sind, in Graz und in der Steiermark viele Dinge im Bereich der Integration, die konkrete Maßnahmen bedeuten, konkrete Ressourcen, konkrete Ausstattung, auch konkretes Geld in die

Hand nehmen bisher nach wie vor aufschieben und die bisher nicht in Angriff genommen werden. Und dieses Hinwegtäuschen über das, es gibt einiges...

***Zwischenruf StR. Hohensinner, MBA: Du weißt, dass das nicht stimmt.***

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Lieber Kurt, ich weiß, dass einiges... und ich wollte auf dich zu sprechen kommen, einiges angedacht ist und da ist zum Beispiel von dir ein Programm angedacht, das ich sehr sinnvoll empfinde und ich hätte mir gewünscht, dass ihr auf dieser Karte weiterfährt und nicht in diesen populistischen Kanon einstimmt, der jetzt schon lange von der Bundes-ÖVP betrieben wird. Du hast angekündigt, dass es Formate geben soll, wo in den Bezirken miteinander diskutiert und geredet werden soll, das haben wir seit Herbst haben wir uns das gewünscht, dass die Menschen auf Augenhöhe miteinander diskutieren. In Wien zum Beispiel gibt es schon länger die Charta des Zusammenlebens, wo regelmäßig in Grätzeln gemeinsam über das Zusammenleben auf Augenhöhe zwischen den Menschen, die schon länger hier leben und den Menschen, die neu angekommen sind, miteinander im Dialog etwas entwickelt wird, wie dieses Zusammenleben ausschaut. Das wäre ein so ein Format, du hast es angekündigt, das finde ich großartig, wenn das kommt, endlich kommt, aber eben das wären die Bausteine, die neben einer guten Ausstattung, einer besseren Ausstattung in den Schulen, in der Jugendarbeit, in der ganzen präventiven Arbeit im Bereich des Flüchtlingsbereiches...

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich bitte auch dich langsam zum Ende zu kommen.

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: ...ja, tatsächlich Maßnahmen der Integration gesetzt werden und dafür muss man Geld in die Hand nehmen. Geld, das woanders für Sicherheitsmaßnahmen in einem wesentlich höheren Ausmaß momentan ausgegeben wird und darüber hinwegzutäuschen mit so einer Maßnahmen, dass hier leider die Maßnahmen vor sich hergeschoben werden, das ist der Grund, warum ihr dieses Papier jetzt vorlegt und das ist jammerschade und deswegen werden wir dem nicht zustimmen, auch wenn ich einigen der Ausführungen vom Thomas natürlich folge. Es ist so, dass wir konfrontiert sind mit einer Zuwanderung von Menschen, die sich auf ein neues System einstellen müssen, aber die Frage ist eben, wie man da auf diese Menschen zugeht und ich glaube, dass wir die Reife in dieser Gesellschaft hätten und auch die Ausstattung in dieser Gesellschaft hätten, das auf eine andere Weise zu tun, als einen Wisch hinzulegen, zu sagen, unterschreibe das und dann sollst du Zugang haben zu Leistungen, die wir gleichzeitig von dir sowieso erwarten, weil wenn man reinschreibt, dass es verpflichtendes Kindergartenjahr gibt und dann gleichzeitig hineinschreibt, man hat dann Zugang zu einem Kindergartenplatz, wenn man das unterschreibt, das steht so nicht drinnen, es steht drinnen zum Thema Kinderbetreuung und ich denke mir, das ist genau das, womit eine Augenauswischerei betrieben wird. Wir stimmen dem deswegen nicht zu und hoffen, dass die Debatte trotzdem weitergeführt wird und wir endlich zu dem kommen, dass wir die Ärmel hochkrempeln, damit die Politik sagen kann, wir müssen das schaffen, wir können uns gar nichts anderes leisten und wir wollen das schaffen, weil es unsere Aufgabe ist. Wenn das die Politik sagt, das wäre der beruhigendere Zugang als der Zugang mit Placebos wie dieser Vereinbarung (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fördern und fordern sind Schlüsselbegriffe auf dem Weg zu einer gelingenden Integration, das ist ein Satz, der ist schon einige Jahre alt, der hat mich am Beginn meiner Gemeinderatsperiode ein bisschen geprägt eigentlich, damals waren es

Frau Burgstaller in Salzburg. Immer wieder auch in Diskussion eingeworfen und ich bin ein bisschen irritiert, wenn ich die heutige Diskussion da mitverfolge beziehungsweise zeigt sie aus meiner Sicht genau das Bild spiegelt sich wider, wie es momentan in der Gesellschaft ist. Es gibt nur mehr Extreme. Es gibt das eine Extrem und das andere Extrem, es gibt die eine Fraktion, die redet zwar, dass sich manche nicht integrieren wollen, aber die will es gar nicht zulassen, die ist gar nicht daran interessiert, dass sich jemand integriert, die sagt nur, Grenzen dicht und keiner rein und aus. Aber Integration ist für euch überhaupt kein Thema, das interessiert euch gar nicht und es gibt die anderen, die wollen nur fördern und vergessen darauf, dass, glaube ich, wenn man Integration eben wie es dieser Satz sagt, wenn man fördert, hat man auch das Recht, etwas zu fordern, etwas einzufordern, nämlich einzufordern, dass unsere Werte und Spielregeln akzeptiert werden und dass sie auch gelebt werden und damit sie akzeptiert und gelebt werden können, müssen sie bekannt sein und müssen sie auch verstanden sein. Jetzt wissen wir schon, dass das jetzt nicht das Allheilmittel ist, hat der Thomas eh gesagt und dass jetzt die Unterschrift bei der Anmeldung erfolgen soll, war uns auch so nicht hundert Prozent recht, aber es war halt der Kompromiss, dass man sagt, ok, bei einem bestimmten Punkt, wo man das erste Mal sozusagen sich in der Stadt anmeldet, bekommt man das in die Hand. Aber wichtig war uns, es darf dort kein Zwang zum Unterschreiben sein, weil logischerweise man, wenn ich ein Papier habe, das ich lese, dann unterschreibe ich, dann weiß ich gar nicht, worum es geht. Uns wäre es lieber, und das muss das Ziel sein, dass die Menschen das Papier bekommen, dass sie dann möglichst rasch zu einer Werteschulung kommen, wo sie auch erklärt bekommen, was das in der Praxis in unserer Gesellschaft bedeutet und dann soll sehr wohl die Verpflichtung sein, das zu unterschreiben, das ist das Bekenntnis, dass sie diesen Weg oder diese Werte, die wir hier haben, überhaupt mittragen wollen und wer es nicht mittragen will, da muss es Möglichkeiten geben und soll es Möglichkeiten geben, dann auch Sanktionen zu setzen und das Einzige, was wir als Stadt machen können, ist im Bereich unserer freiwilligen Leistungen und das haben wir mit diesem Papier jetzt zum Ausdruck gebracht. Und natürlich streben wir jetzt von unserer

Fraktion, ich glaube auch die ÖVP, nicht an, dass jetzt jede Stadt in der Steiermark oder in Österreich, dass wir dann tausende Integrationsvereinbarungen haben und jede schaut ein bisschen anders aus. Deshalb auch der klare Hinweis, dass wir uns bundeseinheitliche Regelungen erwarten und natürlich von unserer Fraktion auch das klare Bekenntnis, dass wir keine Kürzungen wollen und dass auch wir mit manchen Aussagen, sagen wir so, dass auch uns manche Aussagen, die wir von der ÖVP hören, dass die uns irritieren. Also wenn ich da diese 1.500-Euro-Grenze usw., da gibt es genug Dinge, es ist aber heute nicht der Raum, das zu diskutieren, hat unsere Frau Vizebürgermeisterin in einer Pressekonferenz sehr, sehr gut dargelegt, was da die Daten und Fakten sind. Also ich denke, das, was hier vorliegt, soll ein Signal sein, soll auch ein Signal sein, dass nicht nur gefördert wird, sondern auch etwas gefordert wird. Uns allen wird klar sein, dass die Erwartungshaltung nicht so hoch sein kann, aber wir denken, dass das neben den vielen Förderungen, die es schon gegeben hat, ein weiteres kleines Mosaiksteinchen sein kann auf dem Weg zu einer besseren Integration und dass auch noch, wie du richtig gesagt hast, Lisa, viele Mosaiksteinchen folgen werden müssen, wo es auch wieder um fördern und auch fordern gehen wird. In dem Sinne werden wir logischerweise auf jeden Fall zustimmen (*Applaus SPÖ*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe Lisa Rücker! Das Interview habe ich mir heute angeschaut, wenn es das Interview war auf ARD und da hat der Herr Außenminister eigentlich nur klargestellt, dass es drei Ländern, nämlich Schweden, Deutschland und Österreich, nicht möglich sein wird, die gesamte Flüchtlingsherausforderung zu bewältigen. Das hat er argumentiert und ich glaube, da stimmen wir auch überein. Was das Format betrifft, liebe Lisa Rücker, das habe ich angekündigt, wir haben bereits im letzten Jahr eine solche Veranstaltung im City Park durchgeführt und wir haben am 2.3. auch in Andritz eine weitere Veranstaltung. Darüber hinaus gibt es jetzt auch, was wir im letzten Gemeinderat

beschlossen haben, Diskussionsveranstaltungen, wo immer drei Bezirke zusammengefasst werden. Das wird es geben, da bist du einfach schlecht informiert bitte und bevor du so etwas unterstellst, frage bei uns und wir werden dir das erklären. Der restriktive Zuwanderungskurs der Bundesregierung der ist leider notwendig geworden, der muss leider jetzt gesetzt werden, damit wir die Integrationsfähigkeit im urbanen Bereich überhaupt aufrecht erhalten können und jeder, der glaubt, dass wir weitere 90.000/100.000 Menschen jetzt im Jahr aufnehmen können, der ist aus meiner Sicht entweder naiv oder sozial kurzsichtig. Wir haben einfach die Kapazitäten nicht, wir können die Perspektiven nicht bieten, es fängt an bei den Bildungsplätzen, Arbeitsplätzen, Wohnversorgung und auch eben die soziale Versorgung und wenn man sagt, 37.500 Menschen, die wir jetzt in diesem Jahr aufnehmen, sind wenig Menschen, der irrt, weil es ist diese Zahl nämlich eine Zahl, kaum ein anderes EU-Land nimmt im Jahr so viele Menschen auf. Jetzt Ausnahme Deutschland, Schweden. Also das ist wirklich auch eine Kapazität, die wir aufnehmen können, nur können wir jetzt nicht Übermaße aufnehmen. Auf der anderen Seite, das möchte ich klar ansprechen, setzen wir als Stadt Graz wirklich große Maßnahmen und das, wie der Thomas Rajakovics angesprochen hat, schon über Jahre. Im letzten Jahr haben wir die Integrationsstrategie neu ausgearbeitet, die wir Schritt für Schritt umsetzen. Ein Schwerpunkt ist der Sprachförderschwerpunkt und wenn sich die Stadtsenatsmitglieder die Stadtsenatstagesordnung des heutigen Tages durchgelesen haben, wir setzen heute einen wichtigen Schritt, wir investieren zusätzlich im elementarpädagogischen Bereich mit dem heutigen Tag zusätzlich 95.000 Euro. Darüber hinaus habe ich auch angekündigt, dass wir über die Finanzierung unseres Sparbuchs heuer weitere 200.000 Euro im Erwachsenen-Deutschkursbereich investieren werden und 100.000 Euro im Schulbereich, im Volksschulbereich und im Neuen Mittelschulbereich. Also da setzen wir wirklich große Schritte, das schaue ich mir an, dass das die anderen Städte, die du aufgezählt hast, auch setzen. Also das ist, glaube ich, ein bisschen so an den Haaren herbeigezogen, was du gerade vorher geschildert hast. Also wir sind hier sehr aktiv, wir haben auch uns sofort bereit erklärt,

wie der Sebastian Kurz angekündigt hat, dass er Werte- und Orientierungskurse umsetzen möchte, dass wir die mitentwickeln. Im letzten Jahr haben wir diese Kurse mitentwickelt, waren Pilotregion und haben bereits in diesem Jahr mehrere Kurse durchgeführt, zirka 100 Personen wurden hier geschult. Jetzt können wir auch sagen, der Kurs ist viel zu kurz mit acht Stunden. Ja, der ist zu kurz, aber es ist ein Anfang, ein wichtiger Anfang und die Deutschkurse werden auch mit diesen Inhalten arbeiten, dass nicht nur Deutsch beigebracht wird, sondern auch dass Werte und unsere Kultur im Deutschunterricht weitergegeben werden. Also das ist wirklich wichtig, das ist der zweite Punkt, der dritte Punkt ist die Integrationserklärung. Liebe Lisa Rücker, ich weiß nicht, ob du die Vorarlberger Erklärung durchgelesen hast, die Vereinbarung, die ist sogar kürzer, die ist eineinhalb Seiten lang und die unterscheidet sich jetzt nicht von unserer Erklärung, die unterscheidet sich nicht und ich sage, unsere Erklärung ist ein Zeichen, aber ein wichtiges Zeichen nämlich, dass wir den Menschen, die in unsere Stadt ziehen, wirklich vom Anfang an, nämlich bei der Schnittstelle, bei der Hauptwohnsitzanmeldung sagen, was wir anbieten, aber auch was wir auf Punkt und Beistrich einfordern. Und dieses wichtige Zeichen in Kombination mit unseren Maßnahmen, die wir über die Integrationsstrategie setzen, haben wir wirklich den Zeitpunkt jetzt erkannt, wo wir wirklich ansetzen müssen. Also wir waren Vorreiter, wie wir das Integrationsreferat eingesetzt haben, aber wir haben mit der Strategie...

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Bitte dich, zum Ende zu kommen.

StR. **Hohensinner**, MBA: ...wir haben gesagt, dass alle Ressorts auch mithelfen müssen. Also wir können die Integrationsfragen nicht nur über das Integrationsreferat lösen. Ich habe allen Abteilungen auch in den letzten Wochen ein Mail geschrieben mit der

Bitte, dass jedes Ressort sagt, welche Maßnahmen setzt jeder Regierer im Integrationsbereich kurz-, mittel- und langfristig, weil die Integration ist eine Querschnittsmaterie. Den Grünen möchte ich sagen, die Vereinbarung ist eigentlich ident, die Grünen haben das in Vorarlberg sogar mitpräsentiert und der FPÖ kann ich nur sagen, der Klubobmann aus Oberösterreich hat diese Vereinbarung auch ganz eindeutig begrüßt. Deswegen hinterfrage ich jetzt dieses Geplänkel hier im Gemeinderat schon und möchte sagen, unser Vorschlag ist sachlich, da wollten wir nicht irgendwas Parteipolitisches setzen, es ist ein wichtiges Zeichen für die Integration der Stadt Graz und ich bitte trotzdem um eine breite Zustimmung. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Hoher Gemeinderat, liebe ZuhörerInnen! Nur ganz kurz zur Vorarlberger Erklärung, sie ist nicht ident, sie ist deswegen nicht ident, wenn du die einmal anschaut, was an Leistungen in Vorarlberg für Integration zur Verfügung gestellt wird. Ich weiß, wir bemühen uns in der Stadt Graz sehr, es ist auch eine Aufgabe des Landes, aber Vorarlberg ist ein Land, wo wir in allen Gemeinden mittlerweile Flüchtlinge untergebracht haben, Vorarlberg ist ein Land, wo man nicht wie in Graz, wenn man einen Arbeitsplatz gerne hätte und dafür einen B-II-Deutschkurs braucht, beim AMS vier Monate drauf wartet, um in diesen Kurs zu kommen, so viel zum Thema Deutsch lernen können. Es ist fein, dass heute Geld beschlossen worden ist, wir warten eh seit drei Jahren drauf, dass diese Stadt startklar endlich passiert, schön dass es da ist. Ich möchte aber auf was anderes eingehen. Thomas du hast das Buch, du hast Fred Ohenhen heute genannt und ich darf allen hier im Gemeinderat sein Buch empfehlen, das heißt „Ein Leben zwei Welten“ und es ist sehr beeindruckend, welche Lebensgeschichte Fred Ohenhen hat. Aber eines ist klar, als Fred Ohenhen nach Graz kam, als Fred Ohenhen nach Österreich kam und in Traiskirchen war, konnte er ab dem ersten Tag arbeiten. Er konnte ab dem ersten Tag Menschen aufsuchen, die sich um

ihn geschert haben, Gott sei Dank war es auch so, aber diese Leute haben ihn reingebracht in unser Wertesystem, diese Leute haben ihn reingebracht in viele Dinge, die komplett anders sind als in Nigeria und das beschreibt er dort sehr eindrucksvoll. Aber der Grund dahinter war Beziehung, Kontakt und Austausch und nicht eine Erklärung, die er unterschreiben musste. Ja zu Integrationsmaßnahmen, ja zu Sprachmaßnahmen, da sind wir völlig auf einer Linie, ab dem ersten Tag, ab dem ersten Zeitpunkt, das ist nämlich der Unterschied. Nicht erst, wenn ich ein Jahr oder länger warten muss in einem Asylquartier, um endlich eine Anerkennung zu bekommen. Vielleicht ist das auch etwas, was ich interessant gefunden habe, du hast jetzt von 100 Leuten gesprochen, Kurt, die bereits diese Wertekurse absolviert haben. Es sind für die ganze Steiermark 70 bis 80, hat der Herr Häusl vom österreichischen Integrationsfonds mitgeteilt und es hat sehr wesentlich damit zu tun, dass berechtigt nur jene sind, die bereits anerkannt sind. Wir hatten im letzten Jahr in Graz 600 Anerkennungen, von denen sprechen wir, von denen wir jetzt gerne hätten, dass sie eine Integrationserklärung unterschreiben und die Lisa hat schon wahnsinnig viel gesagt zur Grundlinie. Aber eines möchte ich schon noch einmal sagen, die Erzählung geht bei uns ständig in die Richtung, da kommen Menschen mit Defiziten, die wir in ein System bringen müssen, wo wir zwar drauf schauen, dass sozial Benachteiligte aufgefangen werden, aber dort wollen wir sie hinbringen. Ich weiß nicht, wer die Pressestunde am Sonntag mit dem Herrn Kapsch von der Industriellenvereinigung gesehen hat, der ist nämlich auch für eine Registrierung, das habe ich sehr spannend gefunden, für eine Registrierung von Fähigkeiten, nicht davon, aus welchem Land sie kommen, von Fähigkeiten und ab der ersten Stunde schauen zu können, welche Maßnahmen brauche ich, damit die Menschen sehr schnell in Arbeitsmaßnahmen kommen können oder in Anpassungsmaßnahmen kommen können, um sehr schnell einem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Die Lisa hat schon auf die anderen Bundesländer verwiesen, Wien macht sehr viel auf der Ebene des Respekts und im Schulwesen, es gibt dort Jugendcolleges und keine jungen Menschen, die keinen Pflichtabschluss haben, im Volksgarten oder sonst wo warten zu lassen, dass vielleicht irgendwann dann doch was

passiert, sondern ganz stark über Maßnahmen sie zu integrieren und sehr rasch sie in ein Projekt zu bringen, damit sie auch arbeiten können. Das Gleiche passiert auch in Oberösterreich, wir haben dort ein ganz ein tolles Projekt mit dem Rudi Anschober, der versucht, unbegleitete Minderjährige sehr rasch nicht ihr Leben vergeuden zu lassen, indem sie warten, sondern sehr rasch in dieser Phase von 15 bis 17 bis 18 zu lernen, zu lernen, sich integrieren zu können, Anteil haben zu können, ihren Beitrag leisten zu können. Es geht mir um diese Erzählweise, die Erzählweise ist immer wieder geprägt von Defiziten, die Erzählweise ist immer wieder davon geprägt, was alles nicht geht. Ich möchte schon noch sagen, es ist ein bisschen ein Ablenkungsmanöver, es wird den Menschen erklärt, es ist eine Bedrohung, was an Flüchtlingen kommt, die Leute haben nicht Angst, weil Flüchtlinge kommen, die Leute haben Angst, weil ihre Pensionen nicht klar sind, weil das Gesundheitssystem vor dem Kollabieren ist, weil im Bildungssystem nichts weitergeht und nur gestritten wird, von all diesen Punkten wird von unseren Regierern abgelenkt, indem sie ständig auf jene zeigen, die die Ärmsten sind, auf die Kriegsflüchtlinge, und denen soll man noch was runterstreichen. mit uns nicht, danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics:** Es ist gut, dass zur Integration immer gleich die internationale Sicht, die Bundesregierung, auch das Land Steiermark verglichen mit der Stadt Wien, weil dort ist ein bisschen mehr Geld unterwegs, wie wir wissen. Wir freuen uns auch und hoffen, dass alle uns unterstützen, dass dann beim Finanzausgleich endlich auch Grazer gleich viel wert sind wie Salzburger, Linzer oder Innsbrucker. Wir brauchen uns nicht verstecken bei dem, was wir in der Integration machen, ich habe das jetzt vorhin schon angemerkt und ich bin wirklich viel unterwegs gewesen und bin ich auch heute noch interessanterweise immer wieder auch beim Städtebund im Arbeitskreis für Integration, wir machen ganz vieles vorbildlich, richtig und es gibt ganz viele Städte, allen voran Salzburg und auch Linz, die nach Graz kommen, sich bei uns anschauen, wie

die Dinge funktionieren. Es geht jetzt nicht um eine Debatte bei dieser Erklärung, ob wir was falsch machen, besser machen könnten; besser machen können wir es immer, viel falsch machen wir zum Glück nicht, sonst würden nicht viele Projekte in Graz anschauen kommen. Heute geht es darum, dass wir gesagt haben, und da waren wir uns einig mit der SPÖ, dass es einen Schritt auch geben soll, einen Zwischenschritt auf diesem ganzen Weg, man sagt, bitteschön wir wollen, dass sie auch einmal uns erklären, dass sie das wirklich jetzt ernsthaft so wollen und dass sie mit uns diesen Weg in diesem Graz gehen wollen. In allen Sprachen, für alle verständlich und auch der Hinweis der Hinweis der SPÖ war richtig, weil die Idee unsererseits war ja ursprünglich, dass man es bei der Anmeldung unterschreibt. Natürlich ist es gescheit, dass man erst, wenn man in Anspruch nimmt, eine Leistung braucht und zweitens, dass man noch einmal sich das in Ruhe durchliest, ist sogar besser, wenn man es sich in Ruhe durchliest und noch einmal darüber nachdenkt, ob man das wirklich möchte und erst dann unterschreibt, wenn man es wirklich verstanden hat. Das ist hoffentlich so, dass die Menschen so reagieren werden, das Angebot bekommen sie beim Hauptwohnsitzmelden mit. Das machen wir seit Jahren, da brauchen wir nichts neu erfinden, weil die Welcome-Box gibt es, da geht es um eine Erklärung, die zusätzlich dabei ausgegeben wird mit dem Wunsch und mit der Bitte des neu Angemeldeten, sich das durchzulesen und wenn er was braucht, soll er das bitte unterschrieben mitbringen. Nicht mehr und nicht weniger und da verstehe ich manche Abschweifungen nicht hin zum Herrn Kurz, man kann über die Integration ganz viel diskutieren, aber jetzt geht darum, sind wir bereit, bei dem, was wir alles an Positivem auch leisten, zu sagen, nein wir wollen das einmal auf den Punkt bringen und zwar relativ kompakt, wie es bei uns mit den Regeln aussieht und das wollen wir auch gerne in diesem Integrationsprozess einmal von einem Erwachsenen, der sich da anmeldet, abverlangen und daher glaube ich, dass das eine gute Grundlage ist, um weiter zu arbeiten und nachdem ich ja sehe, dass es durchgehen wird, hoffe ich, dass man dann auch im Gespräch bei der konkreten Umsetzung dann auch ein paar Punkte zur Verbesserung, nämlich im Konkreten, wie schaut das dann aus, wie gibt man es ab,

vor allem auch, wie bringen wir das weiter, sodass es in Österreich einheitliche Standards dazu gibt, dass wir dann auch was weiterbringen werden. Ich danke jedenfalls auch den Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, dass sie mit uns diesen Weg gehen. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.***

**2) Petition an den Bundesgesetzgeber von gesetzlichen Grundlagen für die Einführung eines Pfandsystems für Einweg-PET- und Glasflaschen sowie für Aluminiumdosen**

GR.<sup>in</sup> **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Dieser Antrag ist weniger aufgeregt jetzt, aber ich glaube trotzdem auch wichtig. Liebe Kollegen und Kolleginnen! In den letzten Jahren häufen sich Berichte über die zunehmende Flut von Plastikmüll in den Meeren, es gibt viele Filme dazu, immer wieder Zeitungsmeldungen. Riesige Plastikinseln treiben im Ozean und Umweltorganisationen auf der ganzen Welt warnen eindringlich vor den Gefahren. Die WHO hat bereits mehrfach Warnungen im Hinblick auf den Konsum von Meeresfischen, vor allem für ältere Menschen und für Kinder, ausgesprochen. Trotzdem steigt die Produktion von Plastik täglich und wir als Konsumenten verbrauchen immer mehr davon.

Die Vermeidung von Abfällen ist der oberste Grundsatz im österreichischen und europäischen Abfallrecht. Die Stadt Graz hat vor kurzem einen sehr umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Abfallvermeidung beschlossen und ist durchaus in vielen

Bereichen ein Vorbild. Leider sind sehr viele Maßnahmen nur ein ganz kleiner Tropfen auf dem heißen Stein, trotzdem aber sind sie ein wichtiger Beitrag.

Der stark angestiegene Anteil von Einweg-Getränkeverpackungen in Österreich steht jedoch eindeutig im Widerspruch zur obersten Priorität der Abfallvermeidung. Drei Viertel der in Österreich im Handel erhältlichen Getränke werden in Einwegverpackungen angeboten. Neueste Untersuchungen aus dem Vorjahr von Müllverbänden zeigen, dass Getränkeflaschen zunehmend achtlos weggeworfen werden und vermehrt im Restmüll landen. Laut ARA werden in der Steiermark nur 40 % der Leichtverpackungen aus der gelben Tonne einer Wiederverwertung zugeführt. 60 % davon werden thermisch verbrannt.

Laut ARA werden auch acht von zehn Flaschen über dieses System gesammelt, allerdings nur sechs von zehn Flaschen werden recycelt bei uns, wobei nur ein Teil dieser Recycling-PET-Flaschen für die Produktion neuer PET-Flaschen verwendet werden kann,. Insgesamt werden ca. 500 Millionen Einwegflaschen derzeit in Österreich nicht verwertet, sondern verbrannt.

Recycling von Abfällen ist prinzipiell sinnvoll. Die Funktion des Recyclings sollte es jedoch sein, dass solche Abfälle verwertet werden, die nicht vermieden werden können.

Es ist heute unbestritten, dass Mehrwegflaschen ökologisch und auch wirtschaftlich die bessere Variante darstellen. Mehrwegflaschen aus Kunststoff können rund 20-mal wiederbefüllt werden, solche aus Glas sogar 40-mal.

In einer Studie, welche von der Wiener Umweltschutzabteilung (M 22) in Auftrag gegeben wurde, ist folgendes Beispiel angeführt: Im Jahr 2006, also schon vor zehn Jahren, wurden in Wien 80 Millionen 1,5-Liter-PET-Einwegflaschen Mineralwasser verkauft. Zur Produktion dieser Menge werden 5100 Tonnen Erdöl benötigt. Bei Verzicht auf Einwegflaschen und Nutzung von Mehrweggetränkeflaschen aus PET würden bei einer 15-maligen Befüllung nur 5,3 Millionen Mehrwegflaschen benötigt. Man soll sich das einmal vorstellen, von 80 Millionen Flaschen auf 5,3 Millionen

Flaschen könnte hier eingespart werden. Es könnten aber auch 4.200 Tonnen Erdöl, das sind fünf Millionen Liter Erdöl eingespart werden.

Auch bezüglich des Klimaschutzes sind Mehrwegflaschen vorzuziehen. Im Anhang zur Nachhaltigkeitsagenda 2008 bis 2017 der österreichischen Wirtschaft für Getränkeverpackungen werden für Wasser in PET-Mehrwegflaschen 43 Tonnen Kohlendioxid pro Million Liter angegeben. Für PET-Einwegflaschen ist dies 88 Tonnen Kohlendioxid pro Million Liter. Das sind einfach Zahlen, die sollte man sich doch etwas genauer ansehen.

Zur Erzeugung von neuen Flaschen ist immer wieder neues Material erforderlich, es ist ein Irrtum, dass durch recycelte PET-Flaschen auch wieder PET-Flaschen zu 100 % erzeugt werden können. Im Durchschnitt werden für die Produktion von PET-Flaschen in Österreich derzeit 70 % Neumaterial und nur 30 % Material aus recyceltem Material eingesetzt.

Der Handel bringt, wie wir alle wissen, immer das Argument, dass Konsumenten und Konsumentinnen Einwegflaschen einfach bevorzugen und dass sie deshalb auch in den Regalen stehen. Laut Umfragen über Handels- und Konsumententrends haben jedoch 59 % der österreichischen Konsumentinnen und Konsumenten Interesse daran, soziale und umweltbezogene Anliegen zu unterstützen, indem sie entsprechende Produkte kaufen. Also Nachhaltigkeit ist durchaus in der österreichischen Bevölkerung ein großes Anliegen. Es müssen nur dementsprechende Produkte angeboten werden.

Die österreichische Politik hat in den vergangenen Jahrzehnten...

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich bitte dich langsam zum Ende zu kommen.

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: ...ausschließlich auf freiwillige Maßnahmen der Getränkeindustrie zur Sicherung des Mehrweganteiles gesetzt. Leider zeigt sich in der Realität, dass Mehrwegsysteme in den letzten Jahren rasant abgenommen haben.

Diese Erfahrungen haben auch andere europäische Länder gemacht und setzen seit einigen Jahren auf unterschiedliche Pfandsysteme für Einwegflaschen und Mehrwegflaschen. Zum Beispiel in Deutschland, Schweden, Dänemark und der Schweiz. In diesen Ländern haben die Rücklaufquoten massiv zugenommen und eine deutliche Zunahme an Mehrwegflaschen ist zu verzeichnen.

Die Stadt Graz und das Umweltamt wirken im Bereich ihrer Möglichkeiten vorbildlich. Der Gemeinderat als politisches Gremium in dieser Stadt sollte zu dieser Problematik Stellung beziehen, denn die Lebensqualität in unserer Stadt hängt in Zukunft eng mit einer gesunden und intakten Umwelt zusammen.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt folgende Petition:

Der Bundesgesetzgeber wird ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines Pfandsystems auf Einwegflaschen aus PET und Glas sowie für Aluminiumdosen zu schaffen und dabei den Einsatz von Mehrwegflaschen zu fördern.

Danke (*Applaus KPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker** zur Dringlichkeit: Liebe Ina, danke für diesen Antrag. Du warst ja damals auch schon im Gemeinderat, wir hatten ihn schon, auch dank der Susi Bauer, und eines Stücks aus dem Umweltamt diese Diskussion um das Jahr 2010/2011/2012 herum. Generell teile ich die Einschätzung, dass die Littering-Problematik, das heißt, das Wegschmeißen und damit am Ende die Müllkette, die im Meer landet, die Problematik mit der Herstellung alle Einschätzungen und auch die Notwendigkeit, diese Diskussion am Leben zu halten und weiterzuführen. Es gibt allerdings, und das haben wir damals

versucht, auch noch einmal in die Diskussion zu bringen, ein paar Zielkonflikte da drinnen. Das eine ist, wenn man erreichen will, dass die Leute weniger wegschmeißen, dann ist das Mehrwegsystem natürlich sinnvoll, wenn man will, dass sortenreiner gesammelt wird, dann ist natürlich auch eine Frage des Pfands eine Lösung. Was sich leider herausgestellt hat aus den Untersuchungen ist, dass in Deutschland, aber auch in Norwegen deswegen nicht es dazu geführt hat, dass der Mehrwegbereichsanteil sich erhöht hat, sondern dass damit natürlich das Weiterkaufen im Bereich des Einwegs auch leider mitgefördert wird und das hat auch damit zu tun, dass wir in Österreich eine sehr lebendige Debatte rund um die Verpackungsverordnung, die Jahre gedauert hat, immer wieder an die Grenzen der Bereitschaft der Wirtschaftskammer und der Wirtschaftstreibenden gestoßen sind. Das heißt, ich bin froh, wenn es wieder einmal einen Ansatz gibt, es gibt aber inzwischen eine neue Verpackungsverordnung, die leider eben ein, ich würde einmal sagen, ein sehr wirtschaftsfreundliches Ergebnis gebracht hat, es gab die Selbstverpflichtung, im Freiwilligenbereich anzusetzen, es gibt Öffentlichkeitsarbeit über die ARA, das war das Ergebnis. Aber immer wieder einen Anstoß aus Graz zu senden, macht Sinn, weil ich das Problem, wie du, einschätze und insofern werden wir dem Antrag zustimmen. Wir haben damals allerdings vom Umweltamt auch vorgeschlagen, dem Öko-Bonus-System zu folgen, das in diesem Providerbereich Anreize schafft beziehungsweise auch ein Malus-System hat, womit Strafzahlungen verbunden gewesen wären, auch das wurde leider abgeschmettert von der Wirtschaftskammer, aber man kann es immer wieder probieren und insofern danke für den Antrag. Ich glaube, dass in der Bevölkerung dank des Informationsstandes vielleicht auch dank solcher Ausstellungen, wie der Plastik-im-Meer-Ausstellung im letzten Jahr in Graz, das Bewusstsein inzwischen noch einmal einen Schritt weitergekommen ist und vielleicht kann sich da unser Gegenüber, der Handel und die Produzenten, womöglich auch nicht mehr ganz so leicht herausreden wie bisher (*Applaus Grüne*).

***Stadtrat Hohensinner, MBA, übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Liebe Ina, ich habe deinen Antrag gelesen, war ganz ehrlich gesagt auch ein bisschen erstaunt, weil ich mir gedacht habe, die Ina hat das Thema jetzt entdeckt, weil wir, Lisa, du hast es angesprochen, 2010 eine große Debatte hatten. Mehrweg ja/nein/wie und ich habe mich da auch erinnert an meinen eigenen Zeitungsartikel, den habe ich wieder hervorgeholt, Dezember 2010, wo ich das auch angerissen habe, debattiert habe. Aber es ist ja seither auch einiges passiert. Im Jahr 2010 waren die Fronten sehr verhärtet, es ist gegangen Wirtschaft gegen Konsumenten, tut die Wirtschaft was beziehungsweise insbesondere der Handel und in diese Debatte haben wir uns damals als Gemeinderat schon eingebracht und haben im Jänner 2011 eine Petition zur Förderung der Mehrwegquote, genau mit dem Text, den du heute auch schon hast, beschlossen, das ist schon einmal alles da gewesen. Wir als SPÖ haben auf Bundesebene weitergearbeitet, auch einen Entschließungsantrag eingebracht und nachdem die Fronten damals sehr verhärtet waren, hat sich dann gezeigt, dass es vielleicht einen Ausweg gibt, wenn man Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer mit einer Sozialpartnervereinbarung beauftragt oder mit der Entwicklung beauftragt, das war nicht ganz einfach, das ist gelungen und jetzt gibt es seit Beginn 2012 diese Sozialpartnervereinbarung, da ist man weggegangen von der rechtlichen Ebene und hat gesagt, ok, wir nehmen jetzt einmal das freiwillige Instrument. Der Handel hat sich massiv gewehrt, nona, weil Einweg einfach praktikabler ist und nichts destotrotz, die ökologische Sicht, da bin ich ganz bei dir, kann ich dir in allem zustimmen. Aber was ist gelungen durch diese Sozialpartnervereinbarung? Das eine ist, dass sich der Handel freiwillig verpflichtet hat, Mehrweggebinde sichtbar und ansprechend hinzuweisen, dass die Mehrwegprodukte gleich angeordnet sein sollen wie die Einwegprodukte und dass sie entsprechend

beworben werden sollen und dass sie gleichgestellt sind in den Preisaktionen und, und, und. Also da ist einiges passiert und wenn ich jetzt ein bisschen zurückschaue, ich habe das jetzt zum Anlass genommen, auch wieder ein bisschen Informationen einzuholen zu diesem Thema, was jetzt passiert. Es hat einmal zumindest das Rechtliche, ok das ist nicht gegangen, das Freiwillige hat jetzt gewirkt und hat Platz gegriffen und es ist eine wesentliche Entspannung auch im Handel und bei den Gewerbetreibenden eingetreten bis hin, dass eigentlich Mehrweg wieder in wird, dass Mehrweg wieder etwas ist, was salonfähig wird und ein Produkt, eine Mineralwasserflasche, ich möchte hier keinen Namen nennen, aber vielleicht wenn ihr durch den Handel geht's, es gibt eine Mineralwasserflasche Mehrweg von einem Anbieter, der sich bis jetzt gewehrt hat und ich habe eine ganz große Freude und ich kaufe dieses Produkt, weil das ein Mehrwegprodukt ist, also auch im Handel beginnt jetzt wieder ein Umdenken. Die Sozialpartnervereinbarung hat auch noch das Monitoring in Sicht, das heißt, es ist nicht für sich alleine stehen geblieben. Also hier sind bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden, die rechtliche Intention ist das eine, die sagen ok, die sollen machen, damit alles so passiert. In der Zwischenzeit haben wir gemeinsam mit den Partnern gearbeitet und einiges erreicht, das wollte ich hier betonen, also dass wir nicht untätig waren und dass man auch auf gute Erfolge in der Sozialpartnerschaft hinweisen kann (*Applaus SPÖ*).

**GR. Pacanda:** Liebe Ina, danke für den Antrag. Kurz zusammengefasst möchten wir den Antrag gerne unterstützen in Dringlichkeit und Inhalt. Beim Inhalt ist uns ein ergänzender Punkt aufgefallen und zwar die Thematik der Verbundwerkstoffe beziehungsweise der Verbundkartons im Speziellen, auch bekannt unter dem Namen Tetrapack als eine der bekanntesten Marken, wo wir gerne hätten, dass sozusagen, wenn das der Bundesgesetzgeber überprüft, dass er auch ergänzend überprüft eine Einführung eines Pfandsystems auch für Getränk kartons zu berücksichtigen. Da, wie wir alle sicher wissen, dass der Getränkekarton sehr häufig verwendet wird, aber auch

von der Zusammensetzung, dadurch dass er teilweise aus mehreren verschiedenen Materialien besteht, recht schwierig in der Entsorgung ist, er hat Karton drinnen, Aluminium drinnen und zwei verschiedene Kunststoffe und dementsprechend wäre es auch sinnvoll, sage ich einmal, da hier ein wenig regulativ in Richtung Gesundheit einzutreten und das wird sicher auch, sage ich einmal, unterschiedlichst diskutiert, in Deutschland gibt es zur Zeit nicht, wird aber schon diskutiert, auch diese Getränkekartons unter das Pfand zu setzen. Dementsprechend folgenden Zusatzantrag. „Ergänzend wird der Bundesgesetzgeber ersucht, bei der Einführung eines Pfandsystems auch Getränkekartons zu berücksichtigen“. Dankeschön.

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

*Der Zusatzantrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.*

### **3) Erarbeitung eines Katasters für schutzwürdige Bauwerke und Flächen – Altstadtschutzkataster**

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren!  
Immer mehr historische Gebäude, die weder in der Altstadtschutzzone liegen noch denkmalgeschützt sind, werden abgerissen.

Das aktuelle Beispiel der schützenswerten Villenanlage rund um das Haus ■■■■, deren Unter-Schutz-Stellung in letzter Minute erreicht werden konnte, beweist, dass es noch viele Objekte in Graz gibt, deren Schönheit und Bedeutung auf der Hand liegen, deren notwendiger Schutz allerdings noch nicht verbrieft ist.

Der Unmut der Grazerinnen und Grazer über den Umgang mit im wahrsten Sinn des Wortes einmaligen Zeugnissen unserer Baugeschichte wächst zusehends. Die Möglichkeiten für die Erarbeitung eines Katasters für schutzwürdige Grazer Bau- und Flächensubstanz und die dafür notwendigen Kriterien auszuloten, wurde bereits in einem dringlichen Antrag der ÖVP im Jahre 2010 gefordert und einstimmig beschlossen. Wie auch Kollege Dipl.-Ing. Topf vor mehr als fünf Jahren ausgeführt hat, wäre eine solche, über die bestehende Gesetzeslage hinausreichende Auflistung schutzwürdiger Objekte zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Stadtplanung bestens geeignet. Bis heute ist von einer Umsetzung dieses Beschlusses leider nichts bekannt.

Daher stelle ich namens der KPÖ folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat möge die Stadtbaudirektion beauftragen, unter Einbindung des Bundesdenkmalamtes, der ASVK, der Bezirksvertretungen, eventuell auch der Abteilung für Tourismus, wir sind ja sehr stolz auf unsere Altstadt, zeigen sie auch gerne her, sowie relevanter Bürgerinitiativen Kriterien zur Erstellung eines Katasters „schützenswerte Bau- und Flächensubstanz“ zu erarbeiten und die Umsetzung eines Altstadtschutzkatasters ehebaldigst in die Wege zu leiten (*Applaus KPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Du hast mich in deinem Antrag erwähnt, deswegen melde ich mich auch kurz zu Wort und vielleicht ein paar Aspekte, die zu diesem Antrag vielleicht auch auszuführen sind. Wieso seinerzeit auch diese Umsetzung etwas nicht beschleunigt wurde, um das etwas vorsichtig auszudrücken. Es ist ein heikles Thema. Wenn wir diesen Kataster, und ich unterstütze nach wie vor oder wir unterstützen nach wie vor diesen Ansatz, wenn wir diesen Kataster erstellen, müssen wir uns überlegen, in welcher Form jetzt die Bau- und Anlagenbehörde, die ja konkret als Behörde angesprochen ist und damit auch du, Frau Stadträtin, weil du gerade jetzt vor mir stehst, wie es bei einem konkreten Abbruchansuchen für ein solches Objekt, das möglicherweise nicht unter Schutz gestellt wurde nach den gesetzlichen Vorgaben, Grazer Altstadterhaltungsgesetz, Denkmalschutzgesetz, wie es möglich ist, so einen Abbruch, vielleicht mit der Mitwirkung der Öffentlichkeit, das könnte durchaus passieren, dass also der öffentliche Druck steigt, um so einen Abbruch zu verhindern. Aber relativ schwierig wird es sein rein rechtlich, so ein Objekt sozusagen über das Ansinnen in einem Kataster festgehalten zu werden, zu schützen, das ist das große Problem. Andererseits, und das sage ich jetzt wieder positiv, könnte durchaus auch der Effekt entstehen, dass der Eigentümer selbst aufgrund des Katasters aufmerksam gemacht wird, dass sein Bauwerk ein schützenswertes Bauwerk ist. Also ich würde durchaus diesen positiven Aspekt auch für die Information des Eigentümers jetzt herausstreichen wollen. Der andere Aspekt, den ich schon angeführt habe, es wird schwierig sein, sozusagen das auch rechtlich dann als schützenswertes Objekt außerhalb eines Denkmalschutzes oder eines Schutzes nach dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz auch sozusagen rechtlich diesen Abbruch zu verhindern, das wollte ich nur andeuten, weil ich seit fünf Jahren, eben schon erwähnt, mit diesem Antrag auch schon das eine oder andere Mal hier in Diskussion auch mit den Behörden gelegen bin (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

GR. **Grossmann:** Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Andreas, lieber Antragsteller! Darf bei meinem geschätzten Vorredner Georg Topf anknüpfen und es vielleicht noch ein bisschen verschärft auch und deutlicher darstellen. Wir werden natürlich deinem Antrag zustimmen. Wollte aber nur bemerken, dass wir damit natürlich keine rechtliche Relevanz schaffen können und möglicherweise auch eine konfliktäre Situation sogar schaffen können, in dem Moment nämlich, wo wir schützenswerte Gebäude in den Kataster aufgenommen haben und dann die Behörde gezwungen ist, aufgrund des Rechtsanspruches einen Abbruchbescheid zu erstellen. Also, ich wollte nur festhalten, es ist wichtig zu wissen, dass wir keine rechtliche Relevanz damit schaffen können, dass es auch keine rechtliche Grundlage ist, die verhindern kann, dass ein Abbruch erfolgt, aber wir haben das gemeinsam so festgestellt, es ist sozusagen eine moralische Grundlage, Menschen zu sensibilisieren, mehr darüber nachzudenken, ob man überhaupt bei so einem schützenswerten Kataster aufgenommenen Gebäuden darüber nachdenkt, einen Abbruchbescheid zu erwirken oder ob man nicht eher darüber nachdenkt, auch im Sinne einer vernünftigen Altstadterhaltung sozusagen hier Renovierungsmaßnahmen vorzunehmen. Wir uns vielleicht ein Stück weit in die Verantwortung nehmen, denn auch solche notwendigen Renovierungen bei schützenswerten, nicht nur nach dem Denkmalschutzgesetz, sondern nach dem Kataster erfassten Gebäuden auch ein bisschen stärker zu unterstützen. Aber Zustimmung zu diesem grundsätzlich positiven Antrag. Dankeschön (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Mag. **Fabisch**: Ich bedanke mich für die Zustimmung. Lieber Georg Topf, wir zwei wissen in zehn Jahren gemeinsamer Tätigkeit in der Berufungskommission, wie hart das war, es war jedes Mal eine sehr schwierige Geschichte und auch oft am Rande gewisser legaler... das ist mir ganz klar. Jetzt hoffe ich, dass durch diesen Schritt, der nach fünfeinhalb Jahren einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses endlich angegangen werden muss, um damit natürlich auch andere Instanzen anzufeuern, zum Beispiel Bundesdenkmalamt, vielleicht ASVK und die Öffentlichkeit, das wurde schon erwähnt, zu sensibilisieren. Das ist ganz, ganz wichtig. Ich glaube, wir brauchen schleunigst einen anderen Umgang mit dem kulturellen baugeschichtlichen Erbe, bevor es ganz zu spät ist. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

#### **4) Gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen/Graz als Modellregion ohne 15-Prozent-Klausel**

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wer heute beim Festakt vor der Gemeinderatssitzung war, hat das Anfangszitat des Bürgermeisters wahrscheinlich gehört, hat mich sehr beeindruckt, er hat gesagt, wer Kindern das Recht auf Bildung verwehrt, setzt den ersten Schritt in Richtung Armut. Das hat UNO-Generalsekretär Kofi Annan gesagt und ich ergänze diesen Satz passend zu diesem Antrag: Und wer Kindern Bildungschancen vorenthält, setzt ebenfalls einen gleichen Schritt.

Und deshalb auch meine Intention, heute diesen Antrag zu stellen. Wir hatten jetzt wieder Semesterferien, es war wieder für viele ein entscheidendes Zeugnis, für viele,

die erste wenige Jahre im Schulsystem sind, dreieinhalb Jahre in der Volksschule, was in der vierten Klasse das Semesterzeugnis, das entscheidet, wie der weitere Bildungsweg dann sein wird, ob man die Chance hat, in eine AHS zu wechseln oder ob man in eine Hauptschule weitergehen muss. Das erzeugt einen riesigen Druck, einen riesigen Druck auf die Kinder, einen riesigen Druck in ihrer ersten Erfahrung mit der Schule, es erzeugt einen riesigen Druck auf die Eltern, die eben wollen, dass ihre Kinder weiter eine Chance haben, überhaupt noch gesellschaftlich und sozial sich weiterzuentwickeln und es erzeugt aber auch einen extrem großen Druck auf die Lehrerinnen und Lehrer, die dem Druck ausgesetzt sind, wenn sie jetzt einen Dreier ins Zeugnis geben, dann verwehren sie dem Kind eine Bildungschance, weil diese Selektion so früh passiert momentan in Österreich. Und da gibt es viele Experten, die sagen, das ist etwas, was rasch geändert werden muss, das ist eines der größten Übel in unserem Bildungssystem, sagen diese Experten, zwei habe ich im Stück angeführt. Und ich glaube, wir sind uns alle oder fast alle wahrscheinlich einig, dass nicht alle Kinder gleich sind und dass es eben Spätstarter gibt und diese Spätstarter fallen momentan in unserem System durch den Rost. Einer davon steht am Rednerpult, ich habe das Glück gehabt, vielleicht erstens einmal noch in einer Zeit vor einigen Jahrzehnten aufzuwachsen und zweitens am Land aufzuwachsen. Das heißt, der Unterschied in der Qualität auch zwischen AHS und Hauptschulen ist, wenn man vergleicht jetzt große Städte und ländliche Gebiete, auch da gibt es einen enormen Unterschied. Geholfen ist mit dieser frühen Selektion niemand auch nicht in den Ballungsgebieten, weil immer vom Verwässern geredet wird. Verwässert wird im Ballungsgebiet am ehesten noch der AHS-Standort, weil eben versucht wird, möglichst viele da hineinzupressen und weil dort keine Zeit und keine Luft ist für jene, die schwächer sind, irgendwelche Fördermaßnahmen zu setzen. Das heißt, die fallen dann erst recht wieder durch den Rost und haben nichts gewonnen, das Gegenteil ist der Fall. Es kommt, glaube ich, nicht von ungefähr, dass auch die Industriellenvereinigung da einen Ansatz hat, der meinem Antrag entspricht. Es ist heute schon der Herr Kapsch genannt worden, scheint ein gescheiter Mann zu sein, zumindest in manchen Punkten, bei allen werde ich ihm

wahrscheinlich nicht zustimmen als Gewerkschafter, aber auch die Industriellenvereinigung in Person von Herrn Kapsch hat vor einiger Zeit gefordert eine Schulform, wo 5- bis 14-Jährige gemeinsam an einem Standort unterrichtet werden. Heißt übersetzt, er hat sogar das verpflichtende Kindergartenjahr damit einbezogen und ich glaube, auch das wäre ein Modell, das durchaus überlegenswert ist, dass man es überhaupt schon so früh ansetzt. Die Hoffnung auf die Bildungsreform ist leider enttäuscht worden, aus der Reform ist leider ein Reförmchen geworden und das Einzige, was eben ermöglicht wurde, sind sogenannte Modellregionen, allerdings mit einer 15-%-Klausel und gegen diese 15-%-Klausel gibt es ja auch schon vielfach Widerstand. Wien und Vorarlberg wollen sich da nicht begrenzen lassen und ich denke, auch die Stadt Graz sollte sich von so einer Klausel nicht einengen lassen. Graz wäre, glaube ich, in seiner Vielfältigkeit an Bildungseinrichtungen ein idealer Standort für eine Modellregion. Es gibt einige positive Beispiele in dieser Stadt, ich verweise auf das BG Klusemann, auf die Expositur KLEX in dieser Schule, auf die Schulformen in den Ursulinen, bei den Schulschwestern und ich glaube, diese gelungenen Beispiele in unserer Stadt sollten uns ermutigen, jetzt einen nächsten umfassenden Schritt zu wagen. Nichts spricht dafür, an dem noch gängigen, aber von Bildungsfachleuten abgelehnten Prinzip der frühzeitigen Schullaufbahnregelung festzuhalten, die Bildungsstadt Graz sollte unserer Meinung nach für bestmögliche Entwicklungschancen stehen und diese bietet unserer Meinung nach die gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen.

Deshalb komme ich jetzt auch schon zum Antragstext, namens unserer Fraktion darf ich dringlich fordern: Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich im Sinne des Motivenberichtes dazu, dass Graz als Modellregion für die gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen ausgewiesen werden soll, und zwar ohne 15-Prozent-Klausel, und ersucht Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner, an die Bundesregierung und an den Nationalrat heranzutreten und von diesen zu erwirken, dass auf Bundesebene die entsprechenden Möglichkeiten dafür geschaffen werden. Dem Gemeinderat ist bis

April dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen. Ich bitte um Annahme (*Applaus SPÖ*).

***Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 17.10 Uhr den Vorsitz.***

StR. **Hohensinner**, MBA zur Dringlichkeit: Herr Klubobmann! Wir haben einen Handlungsbedarf, ja, vor allem auch im Pflichtschulbereich und ja, wir haben wirklich eine große Erwartungshaltung gehabt bezüglich der Bildungsreform und, du hast es auch angesprochen in deinem Motivenbericht, es wurde leider nur ein Reförmchen. Wir haben alle noch in Erinnerung den Städtetag vor eineinhalb Jahren in Graz, da durfte ich auch die Bildungsgruppe moderieren, wo auch die Bildungsministerin anwesend war und wir haben die Probleme aufgezeigt und nein, die Gesamtschule der 6- bis 14-Jährigen wird nicht alle Probleme lösen können. Es ist kein Allheilmittel und ich bitte auch die SPÖ, Abstand von dem ideologischen Zugang zu nehmen. Wenn man anschaut Länder wie Deutschland, da ist es wirklich vergleichbar, da gibt es in den unterschiedlichen Bundesländern auch unterschiedliche Modelle und wenn man den Pisa-Test dann anschaut, Bayern hat eine Struktur, wo wirklich die Talente gefördert werden und Bayern führt auch diesen Pisa-Test an, im Gegensatz das Bundesland, ich habe mir das angeschaut, Nordrhein-Westfalen hat die gemeinsame Schule, ist bei allen Bildungsvergleichstests hinterher, also das kann man wirklich schön sehen in Deutschland, das differenzierte Modell funktioniert dort besser. Deutschland ist wirklich vergleichbar für uns. Andere Länder, die oft zitiert werden, sind England, Frankreich, da wurde großflächig umgestellt, diese Länder machen jetzt auch wieder eine Kehrtwende, warum? Man stellte um und es sind dort die ganzen Privatschulen auf einmal aus dem Erdboden gewachsen und dann hat es wieder eine Differenzierung

gegeben zwischen den Schülern, die in die öffentlichen Schulen gegangen sind und die in den Privatschulen. Also da hat es dann wieder quasi zwei Klassen gegeben. Aber schauen wir uns die wirklichen Probleme an in den Grazer Schulen. Ich weiß von euch, ihr seid auch öfter in den Schulen unterwegs, wir haben eine ganz schlechte Talente Förderung. Ich habe das wirklich gemacht, ich bin in jede Klasse reingegangen, habe mit den Schülern geredet und habe die Schüler dann gefragt, ob sie mir sagen können, welche Talente sie haben und kaum jemand hat aufgezeigt. Die Schüler wissen heutzutage, wo sie schlecht sind, aber nicht wirklich, wo sie gut sind. Also da muss man genau hinschauen. Eine weitere Sache ist, dass wir zum Beispiel, wenn wir in Algersdorf, die Schule wird jetzt Gott sei Dank gebaut, wenn wir dort eine englischsprachige Klasse etablieren wollen, ist es fast unmöglich, weil wir mit zwei weiteren Gebietskörperschaften diskutieren wollen. Wir werden Klassen schaffen, aber es ist ganz, ganz schwierig. Ein dritter Punkt ist das Unterstützungspersonal. Die Frau Vizebürgermeisterin weiß das, es betrifft auch die Frau Vizebürgermeisterin. Wenn eine Schulleiterin ein zusätzliches Personal möchte für ein behindertes Kind, zum Beispiel ein Shadow, das ist eine Person, die pädagogisch auch mitunterstützt, dann wird der Antrag bei mir in der ABI gestellt, ich leite das weiter an das Behindertenreferat, das Behindertenreferat befasst das IHB-Team damit, das IHB-Team sagt, ob das gewährt wird oder nicht. Wenn es gewährt wird, geht es zurück ans Behindertenreferat, dann wieder zu mir in die Abteilung und dann sind oft sechs Monate vergangen, bis das Unterstützungspersonal wirklich in der Schule ankommt. Also da gibt es wirklich einen Handlungsbedarf und das Arge ist, wir können als Graz nicht mitreden, wir sind streng genommen, das haben wir schon öfter da angesprochen, Hausmeister, die Rolle nehmen wir auch sehr ernst, aber ich denke, dass wir von diesen ideologischen Zugängen uns verabschieden müssen und auch für Graz eine eigene Bildungsdirektion einfordern sollten, weil die Bildungsreform stellt ja eigentlich nur den Landesschulrat um auf eine Bildungsdirektion, also das ist wirklich ein Reförmchen und als Stadt Graz können wir wirklich mit erhobenem Haupt eine Bildungsdirektion einfordern. Ein kurzer Vergleich: Wir haben in Graz um 12.000

Schüler mehr als das gesamte Bundesland Burgenland, haben aber gleich viel Einfluss wie die Heimatgemeinde meiner Großeltern Oberzeiring und das ist eine Schieflage, das heißt, wenn wir mitreden wollen, dann bitte fordern wir auch einen Gestaltungsrahmen ein von der Bundesregierung. Falls der dringliche Antrag durchgeht, dann würde ich vorschlagen, dass wir so etwas einfordern von der Bundesregierung, aber für die Gesamtschule sind wir nicht zu haben, weil wir auch nicht gut funktionierende Gymnasien jetzt abschaffen möchten oder umwandeln möchten, wir müssen auch bei den neuen Mittelschulen ansetzen, das weiß ich, das machen wir. Zum Beispiel in Straßgang setzen wir jetzt einen Schwerpunkt mit Holz und Gestaltung und da sind jetzt die Anmeldungen angelaufen und wir wissen, das funktioniert gut, weil die ganzen Firmen, die jetzt in der Holzverarbeitung tätig sind, können in diese Schule dann gehen und Kinder, also Schüler, auch gleich ansprechen, die bereits sich vier Jahre mit dem Werkstoff Holz auseinandergesetzt haben. Also ich bitte wirklich, dass wir in die Tiefe gehen und dass wir nicht nur wieder über ein Türschild diskutieren. Deshalb werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Bevor ich zu meiner Wortmeldung komme, mir ist noch eine kleine Ergänzung übergeblieben aus dem früheren Nachmittag und zwar, liebe Kollegin Susi Bauer, es ging um Anlegerwohnungen und weißt du, wer der Finanzminister der 80er-Jahre war, der dieses steuerschonende Modell errichtet hat? Ferdinand Lacina.

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Bauer: Ich habe nicht gesagt, dass er schlecht ist.***

GR. Mag. **Fabisch**: Gut, das lag mir auf der Zunge, weil sonst hätte ich heute nicht schlafen können, das habe ich untergebracht. Zur Gesamtschule, wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen, ich erinnere an frühere Perioden im Gemeinderat, wo es sehr heftige Debatten gegeben hat. Kollegin Sigi Binder habe ich noch vor Augen und im Ohr, die das natürlich ähnlich gesehen hat für ihre Fraktion wie wir. Jetzt hat sich in den letzten Jahren das etwas beruhigt und ich sehe auch, um ehrlich zu sein, die NMS als zumindest praktikable Übergangsmethode, als Übergangsmittel. Trotzdem muss es unser Ziel sein, die bestausgestattete differenzierte gemeinsame Schule aller 10- bis 14-Jährigen einzurichten, ich weiß, das geht nicht von heute auf morgen. Wir haben eine Gesamtschule, das wissen Sie, die heißt Volksschule, dauert auch vier Jahre, aber es gibt in Wirklichkeit keinen logischen und vernünftigen Grund und ich bin auch schon ziemlich lange in dem Geschäft, um diese Trennung mit 10 oder, um ehrlich zu sein, mit neuneinhalb Jahren schon wirklich begründen zu können, bin bald fertig, halte mich nicht lange auf, Kollege Haßler hat ja einen sehr weiten Motivenbericht gebracht. Es muss das Ziel sein, alle Kinder in die gleiche Schule schicken zu können und dort auf die Stärken und Schwächen der Einzelnen wirklich eingehen zu können, das ist keine leichte, aber wie ich das sehe, sehr lohnende Aufgabe und auch Spätentwickler sollen eine Chance haben und nicht zu früh abgestempelt werden. Was wir brauchen, ist das Unterstützungspersonal, wurde schon angeschnitten, aber nicht nur für den sonderpädagogischen Bedarf, sondern allgemein für die Schulpsychologie, das war einer meiner allerersten Anträge in diesem Haus im Dreier-Jahr, wir brauchen eine verstärkte Schulsozialarbeit, die haben wir in Graz, Gott sei Dank, aufstocken können und wir brauchen noch Unterstützung in der Verwaltung. Ich muss das unterbringen, es hilft ja nichts, ich weiß ja nicht, ob ich noch einmal die Möglichkeit habe herauszukommen. Es geht nicht an aus meiner Sicht, dass Direktoren gezwungen sind, von ihrer pädagogischen Arbeit immer Abstriche zu machen und um sich um die simple Schulbürokratie zu kümmern, das könnte eine Zusatzkraft, zumindest halbtägig, auch erledigen, was die Pflichtschulen betrifft. Damit bedanke ich mich. Ich möchte nur

feststellen, dass der Widerstand in der ÖVP auch schön langsam bröckelt und Tirol und Vorarlberg das schon etwas anders sehen. Ich glaube, es ist schon ein Gebot der Logik und der Vernunft, diesen Weg weiter zu beschreiten mit einem ganz klaren Ziel und ich glaube, wir sind am besten Weg dazu und dieser Antrag ist ein weiterer Schritt. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Ribo**, MA: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich der SPÖ-Fraktion für diesen Antrag danken. Ich glaube, es wird für keinen eine Überraschung sein, dass wir Grüne der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen. Wir sind für eine Gesamtschule und ich werde da jetzt ganz kurz meine persönliche Meinung vielleicht auch dazusagen. Ich bin gerade in der Situation, ich habe einen Sohn, der ist in der vierten Klasse und sollte jetzt eben entscheiden, wo er weiter Schule geht. Und ich sage es euch, genau was du alles bereits erwähnt hast, also ich kann das nur bestätigen, es ist wirklich ein Horror, es ist für die Lehrer ist es ein Druck, weil die einfach keinem Kind im Wege stehen wollen, dann ist es für die Eltern ein Druck, weil die natürlich für ihr Kind das Beste wollen und dann diese vielen Schulen, wer soll sich da noch auskennen und dann noch, das darf man nicht vergessen, der Druck für die Kinder und das ist das Wichtigste. Es fängt ja nicht erst in der vierten Klasse an, also mein Sohn ist jetzt neun, der wird zehn, es fängt ja schon in der dritten Klasse an und da sind die Kinder acht Jahre alt, das sind Achtjährige, die haben zum Teil keine Ahnung, was die wollen. Der Großteil hat keine Ahnung, was überhaupt wie es weitergeht. Also das heißt, die Eltern auf der einen Seite, die Lehrer und dann die Kinder und dann muss man sich noch vorstellen, was das für ein Druck für einen Achtjährigen ist oder einen Zehnjährigen, egal, da unterscheide ich nicht wirklich, wenn man sich fragt, bin ich jetzt gut genug für ein Gymnasium oder doch nicht, also muss ich jetzt in eine Neue Mittelschule gehen, das ist ja fast wie eine Strafe oder dann auch irgendwie die Frage, wo gehen meine Freunde, wo gehen die hin, welche Schule bietet was an? Also das sind alles

Entscheidungen, die so komplex sind und zum Teil reden wir ständig, wir wollen die Kinder nicht auseinanderdividieren, aber genau das tun wir eben. Und wenn ich meinen Sohn jetzt frage, in welche Schule möchtest du denn gehen, dann sagt er zu mir, ja eigentlich möchte ich am liebsten hier bleiben in dieser Klasse. Also das ist die Antwort von einem Kind und einfach schon so früh so eine Last dem Kind mitgeben, das sehe ich pädagogisch also überhaupt nicht richtig. Wie gesagt, ich hoffe auf eine Gesamtschule, ich habe einen zweiten Sohn, der ist jetzt acht Monate alt und ich hoffe wirklich, dass er dann in eine Gesamtschule gehen kann, also das hoffe ich sehr, da erspare ich mir sehr viel. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Von Geburt an fördern wir die Entwicklung unserer Kinder. Wir fördern somit ihre Individualität, ihre Talente, ihre Zu- und Abneigungen und für mich als Mutter ist es wunderschön zu sehen, wie sich mein Sohn so individuell entwickelt. Ja, wir sind verschieden und das ist auch gut so, wir alle wollen doch individuell sein und deshalb wollen wir auch nicht in ein Gesamtkonzept gesteckt werden, das gemeinsame Schule heißt. Die einen begreifen eben ein bisschen schneller und die anderen brauchen etwas länger für die gleiche Aufgabe, das ist auch vollkommen ok. Nur die Gesamtschule, so sehe ich das, würde die Herausforderungen nicht für die Schnellen stellen und Erfolgserlebnisse nicht für die Langsameren oder Bedächtigeren bringen. Für uns ist die Gesamtschule, das geht eher für uns in die Richtung Falle des Durchschnitts. Die Vielfalt und Entwicklung unserer Kinder muss uns doch wirklich wichtig sein, weil wir brauchen in der Wirtschaft sowohl Lehrlinge und Facharbeiter als auch Forscher und Wissenschaftler. Die Experten, die ich frage, sind jetzt vielleicht nicht so prominent wie Bernd Schilcher, den man ja nicht mehr fragen kann, aber er war ein hervorragender Hochschulprofessor, aber leider etwas fern von der Praxis. Die Experten, die wir fragen, die stehen noch mitten im Beruf und haben sehr lange Berufserfahrungen. Die Gesamtschule könnte eine Herabsetzung des Niveaus natürlich

bedeuten, das wäre für uns eine große Angst. Diese Gleichmacherei, die Vereinheitlichung und schlussendlich könnte das vielleicht auch noch dazu führen, dass wir nicht einmal mehr Noten vergeben dürfen, weil Lob und Tadel dann auch noch verboten wird. Das führt zu einer Verweichlichung unserer Gesellschaft und das sollten wir uns wirklich überlegen (*Applaus FPÖ*). Wir haben so eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, warum wohl, weil einfach so viel aufzuholen ist.

***Zwischenruf GR. Mag. Krotzer: Weil es keine Arbeitsplätze gibt.***

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Das stimmt nicht, es gibt genug Arbeitsplätze. Ich habe erst vorige Woche mit jemandem von Böhler zum Beispiel gesprochen, die würden doppelt so viele Lehrlinge nehmen, vorstellen tun sich auch sehr viele, aber zu nehmen sind sie nicht, weil sie oft nicht sinnerfassend lesen können oder sonstige Mankos haben. Aber wir sollten unser Bildungsniveau nicht senken, das wäre ein Nachteil. Was wir brauchen, sind motivierte Lehrer, ein Schulsystem der Individualität, eine gute Kommunikation zwischen Politik und Lehrenden und in Folge auch zwischen Lehrern, Eltern und Kindern, denn sonst werden unsere Kinder und Jugendlichen den Anforderungen unserer Gesellschaft und Wirtschaft nicht mehr standhalten können. Zum Schluss möchte ich noch ein Zitat von Albert Einstein bringen, ich werde nur einen einzigen Buchstaben weglassen und zwar: „Persönlichkeiten werden nicht durch Schönreden geformt, sondern durch Arbeit und Leistung“ (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Nachdem sich abzeichnet, dass die Ideologie wieder einmal im Vordergrund stehen wird, muss ich da vom Schlusswort doch Gebrauch machen, darf mich bedanken beim Kollegen Fabisch, bei der KPÖ für die Unterstützung, bei der Kollegin Ribo, die glaube ich, eindrucksvoll geschildert hat, wie das derzeitige System ist. Ich glaube, eindrucksvoller kann man es gar nicht schildern. Von der FPÖ bin ich etwas verwundert, sage ich ganz ehrlich, weil ihr redet da von einem Bekenntnis zur Individualität, ihr wollt keine Verweichlichung, dabei habt ihr das beste Beispiel in euren Reihen, der Armin hat mir heute ja ein Geheimnis verraten, dass er selber ein Kind der Gesamtschule ist, zwar eine private, ich weiß, aber es muss ja nicht sein...

*Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Da hast es.*

GR. Mag. **Haßler**: Es muss ja nicht sein, dass die öffentliche jetzt schlechter ist. Unser Ziel ist es ja, genau so ein Modell, wie du es durchlebt hast, zu etablieren und wenn einer von euch behauptet, der Armin ist nicht individuell, sowas von individuell wie den Armin erlebt man, glaube ich, selten und verweicht kann ich nicht beurteilen, aber ich glaube das auch nicht, ganz ehrlich jetzt. Also ich hätte mir gewünscht, der Armin hätte da gesprochen jetzt, sicher anders gesprochen wie die Kollegin Schönbacher. Zur ÖVP jetzt. Ich glaube, das Beste wäre, wir finden neue Namen, ich glaube inhaltlich sind wir einig, dass vieles nicht passt. Wir haben vermutlich in vielen Punkten ähnliche Ziele und wie es der Armin selber erlebt hat, es gibt ja auch gute Beispiele. Wenn der Herr Stadtrat davon spricht, er will keine Türschilder austauschen, dann verstehe ich nicht, warum er eine Bildungsdirektion will, das ist auch nur ein Türschild und außerdem...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wirklich nicht.***

GR. Mag. **Haßler**: ...ein anderes Türschild und wenn man überall davon redet, Bürokratie abzubauen und jetzt die Landesschulräte auflässt und Bildungsdirektionen macht, dann machen wir vielleicht noch in Graz oder in der Steiermark zehn Bildungsdirektionen, weil da kommt die Obersteiermark, die will auch eine und dort will man eine, ich glaube nicht, dass das der richtige Weg ist. Ich denke, die Industriellenvereinigung und das Beispiel Armin zeigen uns, dass wir im Ansatz richtig liegen und in dem Sinne, schade, dass er nicht angenommen wird. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Bevor wir jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit kommen, möchte ich auch einige Sätze dazu sagen. Ich war gestern erst in der Polytechnischen Schule, habe die ■■■■ dort besucht, die eine sehr, sehr engagierte Direktorin ist, die mir erzählt hat, dass sie jeden Tag zu kämpfen hat und sich sehr, sehr bemüht, dieses Stigma, das ihre Schule hat und damit ihre Schülerinnen und Schüler, wegzubekommen und den Ruf des Polytechnikums zu verbessern in der Stadt Graz. Denn dieser Ruf der sorgt sehr oft dafür, dass Lehrlinge oder künftige Lehrlinge, besser gesagt, Schülerinnen und Schüler, die gerne eine Lehre machen möchten und in Graz eine NMS oder eben die Polytechnische Schule besucht haben, es sehr, sehr schwer haben. Ich bin mit vielen Unternehmungen laufend in Kontakt, wenn es um Lehrlingsausbildung geht und die sagen mir immer wieder, und das sieht man auch, wenn man die Andritz AG zum Beispiel anschaut, dass vorwiegend Lehrlinge aus Graz-Umgebung aufgenommen werden oder aus anderen Bezirken. Das ist ein massives Problem. Wir haben heute schon von der Mur als Trennlinie gesprochen, die wieder

verstärkt ein verbindendes Element sein sollte. Ich denke, das gilt auch insbesondere, wenn es um soziale Gegensätze geht. Es hat vor einigen Jahren eine Studie gegeben der Soziologie auf der Karl-Franzens-Universität, die empirisch bewiesen hat, dass es Unterschiede zwischen Ost und West gibt bei den Schulen und dass Kinder, die im Westen in die Schule gehen, schlechtere Voraussetzungen haben. Und es ist so, dass Kinder, die in eine NMS gehen oder eben ins Polytechnikum, es schwerer haben, was die Bildungsaussichten und was damit auch die Zukunftsaussichten betrifft. Und, lieber Kurt, mir geht es eben genau nicht um diese Türschilder, es geht um den Inhalt und wir dürfen nicht länger zulassen, dass diese Türschilder die Kinder in unserer Stadt brandmarken und stigmatisieren und damit den weiteren Lebensweg vorzeichnen. Ja, ich bin auch ideologiebelastet natürlich, natürlich habe ich eine Ideologie...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist auch kein Vorwurf.***

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: ...sonst wäre ich nicht in der Politik. Als Sozialdemokratin vertrete ich ganz klar bestimmte Grundwerte, so wie jede Partei ihre Grundwerte hat und zu meinen Grundwerten gehört Gerechtigkeit und Gleichheit und Gerechtigkeit und Gleichheit heißt nicht für mich, dass Neunjährige und die Eltern von Neunjährigen überlegen müssen, ob sie es irgendwie schaffen, dass ihr Kind bessere Zukunftsaussichten hat als vielleicht die Nachbarskinder. Und natürlich ist das eine ideologische Diskussion, ganz klar ist es das.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ und Grüne) abgelehnt.***

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**5) Regionalbusse/Zusteige- bzw. Ausstiegsmöglichkeiten auch innerhalb des Stadtgebietes**

GR.<sup>in</sup> **Katholnig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Hoher Gemeinderat! Ich wiederhole mich, ich habe in einem der letzten Gemeinderatsitzung eine Anfrage in der Fragestunde an unseren Verkehrsstadtrat gestellt, eben dieses leitvolle Thema Verbundkarte, eben Ausstiegsmöglichkeiten, Einstiegsmöglichkeiten. Ich möchte mich auch nicht näher auf den Motivenbericht einlassen, der ist euch allen zugegangen. Aber es ist mir seit 13 Jahren ein Bedürfnis, schon in meiner Zeit als Bezirkspolitikerin, ich wohne am Stadtrand und es betrifft eben vor allem viele Menschen, die am Stadtrand wohnen, dass es leider unterschiedliche Auffassungen vom Verbund gibt. Ich kann mich erinnern, früher einmal war auch die GKB nicht dabei, ich habe in Eggenberg gewohnt und bin öfters mit dem Zug zum Ostbahnhof gefahren und musste damals, glaube ich, vier Schilling bezahlen. Die GKB hat es geschafft, dass wir zum Verbund dazugehören, wir Grazer die GKB benutzen dürfen mit unserer 101-Karte, wir können zum Beispiel von Judendorf-Straßengel über den Hauptbahnhof, über Don Bosco, über den Ostbahnhof, über den Murpark bis nach Raaba fahren, aber es ist uns nicht möglich, in einen Regionalbus der Umlandgemeinden einzusteigen beziehungsweise auszusteigen. Wenn ich jetzt ein Beispiel nehme, es fahren sehr viele Regionalbusse über den Murpark, dort steigen sehr viele Menschen aus und ein aus den Umlandgemeinden, es steigen auch beim Murpark Fahrgäste aus der GKB aus. Es ist

so, dass besonders in den Stoßzeiten am Morgen sehr viele Menschen eigentlich den Grazern beim Murpark, wenn sie in den Vierer einsteigen, den Fahrplatz wegnehmen, das ist sarkastisch ausgedrückt, ist aber so. Wenn aber einige Menschen zum Beispiel bei der Engelsdorfer Schule oder HIB Liebenau, wo sehr viele Schülerinnen und Schüler jeden Tag aussteigen, dort schon in diesen Regionalbus einsteigen könnten, dann würden, glaube ich, beim Murpark schon sehr viel weniger Menschen in den 4er steigen, weil dort ohnehin bis zum Ostbahnhof ist dann die zweite Station, wo dann der Stau perfekt ist, ich weiß, es ist oft beim Messezentrum gar nicht mehr möglich, wenn dort Menschen stehen, dass sie überhaupt noch einen Stehplatz in der Straßenbahn bekommen. Ich höre aber auf der anderen Seite, die Stadt Graz würde weniger Geld bekommen, die Stadt Graz, die Regionalbusse würden der Stadt Graz Fahrgäste wegnehmen, das lasse ich alles nicht gelten. Speziell Geld wegnehmen. Wenn ich mir den ÖV-Masterplan anschau, und das haben wir gestern im Ausschuss gehört, wie viele Busse angedacht sind, wie viele riesengroße Busse, die einer Straßenbahn gleichen, angedacht sind. So ein Bus, haben wir gestern gehört, kostet so um eine Million Euro, ich glaube, dass das um vieles weniger an Kosten bedeuten würde, wenn die Menschen in einen Regionalbus einsteigen könnten. Wir würden alles, den ganzen Verkehr in der Stadt um ein Vielfaches entlasten, weil wir alle den Weg in die Stadt haben oder von der Stadt zum Beispiel zu einem zentralen Punkt haben, da gibt es sehr viele in Graz und ich glaube, dass sehr viele auch dieser selben Meinung sind. Daher stelle ich, und Verbund heißt eigentlich verbinden und dann sollten alle Verbundkartenbesitzer die gleichen Möglichkeiten haben und es darf nicht ungerecht verteilt sein.

Daher stelle ich den

**dringlichen Antrag:**

Der zuständige Verkehrsreferent Mag. Mario Eustacchio wird ersucht, im Sinne des Motivenberichtes mit dem Steirischen Verkehrsverbund Verhandlungen aufzunehmen, damit zumindest an zentralen Umsteigestellen bei stadteinwärts fahrenden Regionalbussen auch das Zusteigen und bei stadtauswärts fahrenden Regionalbussen an solchen zentralen Umsteigestationen auch das Aussteigen ermöglicht wird. Dem Gemeinderat ist bis April dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen. Ich ersuche um Annahme (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin! Ja, ein altes Thema, haben wir sicher schon mehrmals in diesem Hause diskutiert, mehrmals im Verkehrsausschuss, du hast eine Anfrage an unseren Verkehrsstadtrat gestellt. Aber wir bringen gerne noch einmal die Antwort der Öffentlichkeit kund. Also erstens haben wir einmal ein Problem mit der Zuständigkeit, du ersuchst eben den Verkehrsreferenten der Stadt Graz, mit dem Steirischen Verkehrsverbund in Verhandlung zu treten. Muss man sagen, das wird eher auf Landesseite passen, ist besser, du gehst zum Parteikollegen Landesrat Leichtfried. Vom Inhaltlichen her beantwortest du selber, wenn du im Motivenbericht schreibst, nun ist klar, dass Regionalbusse auch aus Konzeption als Schnellbusse heraus analog zur S-Bahn für schnelle Verbindungen zu sorgen haben, nicht an jeder Haltestelle innerhalb des Stadtgebietes halten können, da hast du ganz Recht. Mir liegt auch eine Stellungnahme der Holding Graz Linien vor. Ich darf kurz zitieren vom Herrn ■■■■, er spricht genau diese Probleme an. Einerseits werden wir auf der Kapazität ein Problem haben, stadtauswärts würden Fahrgäste, welche auf die Regionalbusse tatsächlich angewiesen sind, weil sie eben weit über die Grazer Stadtgrenzen hinaus fahren, keinen Platz mehr in den Bussen finden. Dann hätten wir eine Verlängerung der Fahrzeiten für die Regionalbusfahrgäste durch die Fahrzeitverlängerung, durch die Ein- und Ausstiege bei den Fahrgastwechseln, hätten wir unvergleichlich längere Zeiten als

wie bei den Stadtbussen. Das daher, dass der Einstieg nur durch einfache Türen beim Fahrer stattfindet, anstatt durch Doppeltüren wie im Stadtbus. Es gibt überwiegende hochflurige Fahrzeuge und eben nicht so Niederflurbusse wie in der Stadt, es gibt keine Auffangräume im Türbereich, der Fahrkartenverkauf geschieht zumeist ohne Geldwechsler, es gibt keine Selbstentwertungsmöglichkeiten für die Zehn-Zonen-Karte zum Beispiel in einem Regionalbus. Diese längeren Aufenthaltszeiten führen wiederum zu Verzögerungen an den städtischen Linien, da die an den gleichen Haltestellen halt machen müssen. Die Verzögerungen für die städtischen Linien sind in all jenen Fällen auch größer, wo die Haltestellen in Mehrfachbedienung durch mehrere Fahrzeuge ausgelegt sind und die nachfolgenden Busse warten müssten. Das ist zum Beispiel in der Münzgrabenstraße der Fall. Wegen all dieser Probleme ist auch die Regionalbushaltestelle Don Bosco stadtauswärts nicht in der Unterführung untergebracht, sondern auf der andere Straßenseite, damit, wenn ein Stadtbus hinter einem Regionalbus zum Stehen kommt, noch Fahrkarten verkauft werden, dass es hier zu keiner Stauung kommt. Die Information wäre schwierig, weil die Fahrgäste eben verwirrt wären, wenn der Regionalbus bei manchen Haltestellen stehen bleibt und bei anderen nicht. Und da können wir auch keine Ausnahme in Liebenau machen. Man kann zusammenfassen, der Regionalbus dient dazu, dass man die Leute in die Stadt bringt, für die Verteilung ist dann die Holding Graz zuständig. Und zusammenfassend, wer diesem Antrag zustimmt, würde auch fordern, dass man einen Schnellzug in jedem Kuhdorf halten lässt. Daher werden wir ihn ablehnen (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Bergmann:** Liebe Karin, wir werden deinen Antrag unterstützen bei der Dringlichkeit und auch im Inhalt. Ich frage mich, wie das andere Stadtregionen machen, die einen stadtübergreifenden Verkehr haben, ich denke, es ist höchst an der Zeit, mit dem Verkehrsverbund hier in Gespräche zu treten. Wir haben das Regionalmanagement, das sich in Zukunft auch mit den Fragen des Stadtgrenzen

übergreifenden Verkehrs beschäftigen soll und ich denke, das ist ein Antrag in diese Richtung. Ich möchte nur auch noch zu bedenken geben, wir haben eine Park-&-Ride-Anlage in Mariatrost, die genau aus diesem Grund, weil hier die überregionalen Busse hier nicht halten können, dass wir dort Schwierigkeiten haben mit der Auslastung. Wenn es dort möglich wäre, sozusagen auch in einen Regionalbus einzusteigen, dann hätten wir hier einiges an Problemen nicht. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin! Auch wir werden deinem Antrag in der Dringlichkeit und in der Sache zustimmen. Es überzeugt mich nicht, Kollege Lohr, es überzeugt mich nicht, wenn man davon spricht, dass man Schnellzüge nicht in Kuhdörfern halten lassen soll. Es überzeugt mich nicht, wenn ich aber höre, dass Menschen in Stadtrandzonen aufgrund fehlender Busspuren, aufgrund von Mängeln im Takt usw. und aufgrund, gerade in Spitzenzeiten, von guter Füllung der HGL-Busse es oft nicht schaffen, Menschen aufzunehmen, die dort schon warten. Die wissen jetzt nicht, soll ich jetzt in den 72U einsteigen, wann kommt der oder soll ich zu Fuß weitergehen oder nehme ich das nächste Mal gleich das Auto? Der Regionalbus 1, 2, 3 fährt vorbei. Es ist nicht logisch und man kann auch gewisse technische Dinge, die im Regionalbussystem nicht vorhanden sind, wie zum Beispiel Zehn-Zonen-Karte-Entwerter, das kann man nachrüsten für solche Linien, wo man weiß, dass die in Graz auch Fahrgäste aufnehmen könnten beziehungsweise mittransportieren könnten. Ich mag nicht akzeptieren, dass man im ÖV-System mehrere Systeme neben- und übereinander haben, die nicht miteinander kommunizieren. Wir reden alle über multimodale Mobilität mittlerweile und hier soll man... das eine fährt neben dem anderen. Wir haben gestern zum Beispiel im Verkehrsausschuss gehört, dass fast niemand, also nur einige hundert Menschen pro Tag, im Grazer Stadtraum unsere S-Bahn-Systeme im Stadtgebiet nutzen, zum Beispiel Murpark, Don Bosco und dann ein anderer Zielort oder auf der GKB-Linie. Das

kann man verbessern, wenn man das ein bisschen promotet und wenn man die Zugängigkeit ein bisschen verbessert und wenn das einmal ein bisschen in den Köpfen ankommt der Menschen, dann wird das auch genutzt werden. Und, wie gesagt, so lange uns Menschen fast wieder aus dem Bus rausfallen, gerade in Spitzenzeiten, aus unseren Holding Graz Linien Bus-Fahrzeugen, solange verstehe ich nicht, dass man Menschen nicht in Regionalbusse einsteigen lassen darf, die Platz hätten und vorbeifahren. Deswegen Zustimmung (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Ich danke der Ina Bergmann und dem Karl Dreisiebner und speziell den Grünen und der KPÖ zur Zustimmung. Ich lasse das so nicht gelten... Danke, auch die ÖVP stimmt zu. Ich lasse das nicht ganz so gelten, dass wir nicht mehr haben wollen, dass das kein Durchzugsbus oder wie du das nennen magst. Wir erwarten nicht, dass er bei jeder Station stehen bleibt, so wie du es sagst...

***Zwischenruf GR. Ing. Lohr unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Nein, das habe nie behauptet, ich rede von zentralen Stellen. Zentrale Stelle ist für mich zum Beispiel der Murpark, der Dietrichsteinplatz, es wird einige Stellen in Straßgang geben, in Gösting geben, Fölling ist heute gefallen. Es stimmt, die Auslastung ist eben nicht gegeben, weil ich dort keine Möglichkeiten habe, weil halbleere oder halbvolle Regionalbusse dort durchfahren. Und wenn ich jetzt von Fahrkartenentwertung oder sonstwie rede, in den Morgenstunden sind das alles oder zu 99 % berufstätige Menschen, die ohnehin eine Karte haben und die sich nicht jeden

Tag eine Karte lösen. Also das Argument lasse ich auch nicht gelten und ich habe auch nicht gesagt, dass der Herr Stadtrat Eustacchio so quasi verantwortlich ist, ich habe nur gebeten, mit dem Verbund Kontakt aufzunehmen und uns behilflich zu sein und dass wir vielleicht gemeinsam eine Lösung finden, dass der Grazer Verkehr ein wenig entlastet wird, wenn wir mehr Busse in Anspruch nehmen können, nicht mehr und nicht weniger. Danke (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.55 Uhr den Vorsitz.***

## **6) Stellplätze und Freiflächen – Polizei Paulustor**

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Haßler! Ich darf meiner Individualität einmal Ausdruck verleihen. Das Thema war schon heute Gegenstand einer Anfrage vom Philip Pacanda an den Bürgermeister. Es tut mir im übrigen Leid, dass du jetzt nicht zu deiner Ehrung für dein abgeschlossenes Studium auf die Uni kommst, aber du kannst dir jetzt einen Orden verdienen von uns zumindest, wenn du dem Antrag zustimmst. Du bist gefragt worden vom Herrn Bürgermeister, aus welcher Sicht du deine Frage auch stellst. Du hast gesagt, aus der Sicht der Bürger, ich

möchte diesen dringlichen Antrag aus der Sicht der Polizei einbringen. Im Rahmen der Neugestaltung des Stadtparks ist es angedacht worden, es ist mitgeteilt worden, dass dieses 4.000-m<sup>2</sup>-Areal gekauft werden könnte, sollte, um dort eben den Stadtpark entsprechend zu erweitern, von einem Spielplatz war die Rede, was auch immer dann dorthin kommt. Wir alle wissen um die aktuelle Situation auch der Polizei und der Exekutive und ich glaube, es ist schon auch notwendig, dass wir uns in den Bereichen, wo wir das auch können, uns mit unserer Exekutive und mit der Polizei loyal erklären und ihnen in ihrer momentanen Situation auch unter die Arme greifen und sie unterstützen, weil jeder weiß, was die momentan zu leisten haben, notorisch unterbesetzt, an ihre Grenzen gehend. Es ist teilweise unmenschlich, was hier auch geleistet wird und da ist es, glaube ich schon, zweckhaft und sinnvoll, wenn hier der Gemeinderat, die Stadt Graz auch hier für Entlastung sorgt durch so eine kleine Annehmlichkeit wie einen Parkplatz dort am Paulustor oben, wo ja nicht nur normale Polizei, sondern ja auch andere Stellen, die wichtigsten sicherheitspolitischen Einrichtungen der Steiermark, auch sich oder wichtigsten Polizeidienststellen der Steiermark sich auch befinden, Kriminalpolizei, kriminaltechnische Ermittlungsdienst ist dort, zahlreiche Experten für Raub- und Suchtgiftdelikte, verantwortliche für das Veranstaltungswesen usw. Also das heißt, hier ist schon meiner Meinung nach auch eine Entlastung angebracht, um hier die Leute nicht in die Tiefgarage, die ja doch eine Entfernung weg ist, wo das dann beschwerlich ist natürlich, auch in den Dienst zu kommen, sie dorthin zu schicken und ich frage mich schon, wenn das auch heute gesagt worden ist vom Bürgermeister, wir werden diese Probleme schon irgendwie lösen und dann sollen sie halt in der Tiefgarage stehen, wie das dann vollbracht werden soll, wenn die täglichen Transporte von Einwanderern dorthin auch gemacht werden zum Zwecke der Erstabwicklung im Bereich der Datenerfassung. Also das ist natürlich schon ein enormes Erschwernis, wenn es dort keine Stellfläche, keinen Parkplatz mehr gibt und insofern glaube ich, sollten wir hier uns loyal mit unserer Exekutive zeigen und dafür Sorge tragen, dass diese Stellflächen, dieser Parkplatz beim Paulustor auch erhalten bleibt.

Deshalb bringe ich meinen

### **dringlichen Antrag**

ein. Ich verlese die Punkte jetzt nicht, sie liegen vor. Ich bin aber dankbar, das möchte ich erwähnen, beim Punkt eins wird es einen Abänderungsantrag der KPÖ geben, um da auch Vorkehrungen zu treffen, falls das nicht von der Stadt angekauft wird, sollte es zu einem Drittkäufer kommen oder einen weiteren Interessenten kommen, es ist ja im Flächenwidmungsplan Kerngebiet, dass dort eben nicht irgendwie eine andere Widmung entstehen kann. Also da bin ich sehr dankbar für diese Sicherung, die da eingezogen wird. Ansonsten bitte ich, diese drei Punkte im dringlichen Antrag anzunehmen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Armin! Ich habe es schon früher gesagt, du bist sehr individuell, zeigt auch dieser Antrag. Er hat erstens einmal ein durchaus legitimes Ansinnen, das ich sehr, sehr gut verstehen kann, ich bin selber Personalvertreter und ich weiß, wie schwierig es ist für Firmen, im innerstädtischen Raum jetzt da Möglichkeiten zu finden für auswärtige Mitarbeiter, vor allem dann, was in diesem Fall auch zutrifft, wenn Dienstzeiten zu leisten sind, wo öffentliche Verkehrsmittel nicht verfügbar sind. Du bist aber individuell, wenn du ein bisschen weit ausholst in deinem Motivenbericht, weil ich habe mich bei der Polizei erkundigt und natürlich hätten sie gerne den Parkplatz, sie mussten aber fairerweise zugeben, also jetzt so für die Arbeit direkt brauchen sie es nicht. Also es geht darum, dass die Mitarbeiter eine Möglichkeit haben und das ist ein legitimes Ansinnen, es gibt aber auch das genauso legitime Ansinnen, den Stadtpark eben zu arrondieren und für die Bevölkerung in Graz zur Verfügung zu stellen. Das ist ein gordischer Knoten, der schwer zu lösen ist. Deshalb bin ich froh, dass

der Herr Bürgermeister in der Fragestunde gesagt hat, dass er sich dafür einsetzen wird, eine Lösung zu finden, die zumindest umfassen muss, dass die, die diese Wechseldienste und Nachtdienste haben, dass die die Möglichkeit haben, irgendwo zu stehen, weil wenn es kein öffentliches Verkehrsmittel gibt, und ich komme von auswärts und ich habe vielleicht einen Dienst, der um 4.00 Uhr früh beginnt, der bis Vormittag geht, dann muss es da Lösungen geben. Also ich vertraue auf das Verhandlungsgeschick unseres Herrn Bürgermeister, wir und unsere Fraktion, deshalb sehen wir das Ganze nicht als dringlich, weil es gibt die Verhandlungen derzeit in beide Richtungen, nämlich sowohl was das Grundstück betrifft als auch in die Richtung, wenn dieser Kauf möglich ist, dass es da Alternativen gibt. Wir vertrauen auf unseren Bürgermeister, deshalb keine Dringlichkeit (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte es noch einmal betonen, auch gegenüber dem Herrn Klubobmann Armin Sippel. Wir haben gesagt, wir fangen einen Nachdenkprozess im Stadtpark an und wollen über diese Flächen auch mitdenken, weil sie im Übrigen auch nicht unter Naturschutz stehen. Das heißt, es ist dort möglich, Bauwerke zu errichten, das kann vielleicht sogar, wenn es um Parkplätze geht, auch noch einmal in einen Tiefgaragenbereich gehen, aber es gibt im Polizeiareal auch Flächen, sowohl Räume als auch Freiareale, die in der Form wie bisher nicht mehr gebraucht werden und deswegen entwickelt ja die Bundesimmobiliengesellschaft auch dieses Areal. Sie hat sich ja selbst einmal erkundigt, was sie denn mit diesen Flächen in Graz machen kann. Nachdem relativ deutlich geworden ist, dass aufgrund des Bundesdenkmalschutzes dort eine Verbauung oder sonst was nicht möglich ist, haben wir uns einmal darauf geeinigt, dass wir ab März einmal drüber nachdenken. Mehr ist es nicht, ich glaube, dass es jetzt auch nicht dringlich ist aus meiner Sicht und auch aus der Sicht meiner Fraktion, jetzt gleich zu sagen, um Gottes Willen, wir müssen den Parkplatz jetzt schon unbedingt wieder festhalten, weil es geht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort

gerade so, wie gesagt, im Wechseldienst etc., dass sie eine Möglichkeit haben, möglichst gratis das Auto abzustellen. Das wünschen sich im Übrigen viele Menschen. Es ist legitim der Wunsch, sie haben jetzt eine Möglichkeit, die können wir vielleicht im Gesamtareal schaffen, vielleicht ist es auch eine Möglichkeit, über die daneben liegende Garage auch dann Verträge abzuschließen, also da fällt uns schon was ein. Also niemand von uns möchte jetzt einem Polizisten oder einer Polizistin das Leben erschweren, aber ich glaube, gemeinsam darüber nachdenken sollte man und da wird jetzt irgendwie da schon so getan, als müssten die armen Damen und Herren, die dort arbeiten, morgen schon den Parkplatz räumen und da fließt noch viel Wasser die Mur hinunter, aufgestaut oder weniger aufgestaut, wird sich dann weisen. Und das wollte ich da nur noch einmal betonen. Also ich glaube, die Dringlichkeit ist da nicht so gegeben, sehr wohl ich weiß, dass einige Herren vor allem der Polizei das sehr dringlich sehen, weil sie da vernommen haben, dass wir drüber nachdenken, aber bitte wartet die Gespräche jetzt einmal im März ab. Wenn die Bundesimmobiliengesellschaft abwinkt, wäre es sowieso schon erledigt, dann war die Aufregung umsonst und sonst werden wir uns genau um diese Anliegen auch kümmern (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Armin! Dringliche Anträge entstehen ja manchmal auch dadurch, mit wem man gerade Kontakt hat. Ich habe viel Kontakt mit den Menschen, die im Stadtpark unterwegs sind, das fängt an bei... geht über die Jugendlichen, geht über Kinder und deshalb war ich sehr froh, wie der Herr Bürgermeister mit der Idee gekommen ist, dass man dieses Areal nutzen könnte, dass man den Stadtpark um dieses Areal erweitern könnte. Und wenn man sich das anschaut vom Luftbild her, dann sieht man auch ziemlich schnell, dass das mal Teil des Stadtparks war und es war auch so, das möchte ich hier ergänzen, dass die Frau ■■■■ und der Herr ■■■■ das im Prozess rund um den Masterplan Stadtpark damals auch eingebracht haben als

Anregung, dass man das wieder eingliedern möge und deshalb sind die total erfreut natürlich, dass jetzt diese Idee beschritten werden soll. Und gerade weil dieser Teil nicht unter Naturschutz steht, ist es so wichtig. Wir bräuchten im Stadtpark wirklich Flächen, wo man zum Beispiel slacklinien kann, wir wissen alle, dass das für die Bäume ganz, ganz schlecht ist, wenn man es dort macht, dort könnte man Slackline-Stangen aufstellen. Ich weiß, dass zum Beispiel ein Basketball-Korb total gewünscht ist, das sind wirklich Flächen, wo man die Chancen hätte, genau diese Einrichtungen für Jugendliche zu errichten, die man sonst im Stadtpark nicht errichten kann. Deshalb hätten wir grundsätzlich dem ersten Punkt deines dringlichen Antrages nicht zugestimmt, weil wir das unterstützen, dass es diese Bemühungen gibt, aber natürlich freuen wir uns auch oder gehen davon aus, dass es bald einen Bericht geben wird im Gemeinderat über den Stand der Verhandlungen mit der BIG und möchte noch einmal ausdrücken, dass wir sehr froh wären, wenn das realisiert werden könnte.

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem sich nun überraschenderweise, würde ich sagen, abzeichnet, dass dieser dringliche Antrag keine Mehrheit findet, melde ich mich nun doch jetzt schon zu Wort und möchte noch einmal auf einige Sachen hinweisen. Zunächst einmal, ja, es ist eine komplizierte Sache, es gibt unterschiedliche Wünsche. Ich gehe aber davon aus, weder sind die ganzen 4.000 m<sup>2</sup>, über die wir hier reden, Parkfläche, noch sollen sie das werden. Und umgekehrt glaube ich, gibt es oder würde es sicher auch eine Lösung geben, wo man den größeren Teil dieser gesamten Fläche durchaus dem Stadtpark zuschlagen kann und gleichzeitig, wie es der Armin Sippel in seinem Dringlichkeitsantrag fordert, für Parkflächen für die Polizei sichern könnte. Hinweisen möchte ich auch noch, dass es allerdings noch einen dritten Punkt gibt im Dringlichkeitsantrag vom Kollegen Sippel, wo es eigentlich nur darum geht, dass der Herr Bürgermeister aufgefordert beziehungsweise beauftragt wird, im Rahmen der

nächsten Gemeinderatssitzung einen Bericht über den Status quo der Planung vorzulegen. Ich glaube, auch diesen Punkt könnten und sollten wir heute durchaus auch beschließen. Es ist nicht so, dass ich kein Vertrauen zum Herrn Bürgermeister hätte, allerdings das Vertrauen, das ihm von anderen Fraktionen entgegengebracht wird, das kann ich in diesem Ausmaß nun doch nicht teilen und von da her wäre es mir durchaus recht gewesen, wenn wir dem Herrn Bürgermeister bei seinen Verhandlungen mit der Bundesimmobiliengesellschaft einige unterstützende Forderungen mit auf den Weg gegeben hätten. Dankeschön, wir werden natürlich der Dringlichkeit zustimmen (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ und Grüne) abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber ich darf dem Herrn Klubobmann versichern, dass ich die Anliegen der Polizei da nicht vergessen werde in den Verhandlungen. Entschuldigung, Schlusswort wäre dir zugestanden.

GR. Mag. **Sippel**: Ich möchte mich trotzdem noch kurz zu Wort melden, es ist entschieden. Wir müssen damit leben, dass wir jetzt die Gespräche des Herrn Bürgermeister abwarten müssen, wir hoffen auf eine Lösung natürlich im Sinne

unserer geplagten Polizisten, vielleicht kann man den Bürgermeister freiwillig dazu bewegen, nächste Gemeinderatssitzung einmal, in welcher Form auch immer, hier einen Bericht über den Status quo der Planungen inklusive Finanzierungsplan, was den Stadtpark neu betrifft, abzuliefern. Was aber mit Sicherheit dringlich ist, auch wenn jetzt die Dringlichkeit für den Antrag nicht zuerkannt worden ist, ist, glaube ich, eine Änderung des Deals, wir sollten diese Dinge, auch gegenüber der Polizeiführung nicht über die Medien ausrichten. Ich glaube, da sollte man als Erstes einmal auch das Gespräch suchen und nicht über die Medien und über die Zeitung diese Dinge, die ja doch gravierende Einschnitte sind, kommunizieren und ausrichten (*Applaus FPÖ*).

## **7) Tegetthoffdenkmal**

GR. **Mogel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mogel**: Liebe Gäste, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, Bürgermeister! Wegen immer wiederkehrender Meldungen über Aussagen von Frau Stadträtin Rücker, die darin das Restaurieren und Wiederaufstellen des Tegetthoff-Denkmal hinterfragt und – so stellt es sich zumindest mir immer wieder dar – auch verzögert, verweise ich auf folgendes Dokument: „Ausgewählte Schwerpunkte 2015/2016“ vom 4.12.2014 von Frau Stadträtin Rücker. Ich gebe es nur auszugsweise wieder. Thema: „Restaurierung des Tegetthoffdenkmals – 2015 wird das Tegetthoffdenkmal über Federführung des Kulturamtes grundlegend saniert und wiederum aufgestellt.“

Gerade jetzt, da allerorts von „unseren Werten“ gesprochen wird, ist ein Verstecken unserer eigenen Historie genau der falsche Weg. Wo sonst – wenn nicht im öffentlichen Raum – soll die Zurschaustellung der eigenen Geschichte stattfinden.

Unsere Werte und Identität lassen sich nur durch ein Verständnis der eigenen Vergangenheit erklären und auch verstehen.

Da im Sommer dieses Jahres der 150. Jahrestag der Seeschlacht von Lissa mit Gedenkfeierlichkeiten begangen wird, stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Kulturamt wird beauftragt, das Denkmal von Vizeadmiral Wilhelm von Tegetthoff, das 2013 zu Restaurationszwecken entfernt wurde, bis spätestens zu den Gedenkfeierlichkeiten zum 150. Jahrestag der Seeschlacht von Lissa, um den 20. Juli herum, an seinem angestammten Platz am Tegetthoffplatz aufzustellen. Danke für die Annahme (*Applaus FPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker** zur Dringlichkeit: Ganz spontan meldet sie sich, um zu beschreiben, wo sie den Herrn Tegetthoff versteckt hat.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ist ein gut gehütetes Geheimnis.***

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Ist ein gut gehütetes Geheimnis, aber ich wäre ihn auch schon gerne los, dort, wo ich ihn versteckt habe, könnte ich den Platz gut für anderes verwenden. Aber

ich glaube, dass es deswegen so interessant ist, da herinnen diese Diskussion immer wieder von vorne zu führen, weil es eben um die Seeschlacht von Lissa geht. Mir ist der Zusammenhang eh klar, dass es immer wieder diesen Zusammenhang herzustellen gilt. Aber leider ist es immer ein bisschen komplexer und komplizierter, weil das ist technisch gar nicht so ohne. Ich lese euch jetzt das Technische vor, weil ich kann manche Begriffe gar nicht näher erläutern. Zum Beispiel, weiß ich nicht, was eine Plinthe ist, vielleicht kann mir das jemand von den technisch versierten Damen oder Herren aus dem Internet herausholen. Es ist so, ich habe auch in der letzten Anfrage vom Herrn Gemeinderat Stöckler noch einmal gesagt, dass wir es voraussichtlich gut schaffen werden bis zum Herbst 2016, wenn uns alle hold sind vom Wetter bis zu den Firmen, dass alles so funktioniert, könnte es das Wunder geben, dass es bis zur Seeschlacht fertig ist, aber es ist relativ unwahrscheinlich, weil es ist ziemlich viel zu tun. Die innengelegte Stahlkonstruktion zur Aufnahme des Gewichtes des Postamentes und der Statue sowie eine weitere Eisenkonstruktion zur Justierung der Plinthe zeigen durch ständige Feuchtigkeitseinwirkung...

***Zwischenruf unverständlich.***

StR.<sup>in</sup> **Rücker:** Fäule, ach danke, das merke ich mir jetzt für meine Denkmalzuständigkeit, zeigen durch ständige Feuchtigkeitseinwirkung massivste Korrosionserscheinungen, welche die Statik des Aufbaus gefährden. Wenn es so einfach wäre, den Herrn abzuputzen und wieder draufzustellen, wäre das längst erfolgt. Aber da geht es um eine große Unterkonstruktion. Die Schäden und Möglichkeiten zur Instandsetzung der statischen Bauteile können erst nach Abtragung der Bronzefiguren Mitte April/Anfang Mai genauer beurteilt werden, weshalb der

weitere Zeitplan noch nicht konkret definiert werden kann. Es ist zumindest bis spätestens Schulbeginn im Herbst 2016 geplant, die Arbeiten abgeschlossen zu haben. Wir wollen gerne auch einen wichtigen Tag, nämlich den Tag des Denkmals nutzen, um am 26. September, übrigens ein Sonntag, die Sanierung des Denkmals zu präsentieren, somit sollte jedenfalls zu diesem Zeitpunkt die Restaurierung dann abgeschlossen sein. Für diesen Tag ist angedacht, die mit Tegetthoff verbundenen Vereine und Institutionen und Verehrer miteinzubeziehen. Ein genauer Zeitplan kann, wie ausführlich erläutert, frühestens nach Abtragung der Bronzeteile, voraussichtlich eben Ende April konkretisiert werden, das heißt, den Herren Kollegen aus dem Gemeinderat, wenn sie wieder eine Anfrage in dem Punkt an mich richten, würde ich vorschlagen Mai, da könnte ich vielleicht mehr sagen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Stöckler:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Antragsteller, sehr geehrte Frau Stadträtin, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren auf der Galerie! Aufgrund meiner, wie du eh schon zitiert hast, zwei Anfragen im letzten Jahr, sowohl im Juli als auch im Dezember des letzten Jahres, zum Tegetthoff-Denkmal habe ich mich irgendwie gefragt, als ich gestern die dringlichen Anträge gesehen habe, dass da steht Tegetthoff-Denkmal, dringlicher Antrag, habe ich mir gedacht, den muss unbedingt ich gestellt haben, anders kann es gar nicht sein, im Namen unserer Fraktion. Da ich jetzt schon drei Jahre im Gemeinderat bin und eigentlich noch nicht ganz schizophren bin, war es dann doch nicht der Fall. Aber lieber Berno, danke, dass du das Thema aufgenommen hast und die Frau Stadträtin da leider gepiesackt hast wieder, ich meine, wir unterstützen dich, ich glaube, Frau Stadträtin weiß inzwischen auch, dass es Zeit ist, trotz Plinthe beziehungsweise Säule, dass dieses Denkmal irgendwann einmal auf den Sockel wieder kommt, weil es ist wirklich ein Blödsinn, dass es sich so lange hinzieht. Aber ich glaube, das ist jetzt das richtige Zeichen und es ist auch erkannt worden und wir werden den Antrag unterstützen und

ich glaube, im nächsten Jahr wird es sicher, ich bin überzeugt, ihr schafft das, dass das bis zur Seeschlacht von Lissa erledigt ist und wir danken dir jetzt schon im Vorhinein und der Bürgermeister schaut schon ganz freudig, dass das Thema Tegetthoff dann erledigt ist. Ich meine, Tegetthoff ist ja nicht nur Seeheld, sondern auch Forscher und was weiß ich noch und so viele Seeschlachten hat Österreich auch nicht gewonnen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Mogel**: Mir geht es in diesem Fall überhaupt nicht um eine Bewertung, eine historische Bewertung oder sonst was, mir geht es ausschließlich darum, dass mir das auch schon komisch vorkommt, jetzt haben wir schon die 17. Anfrage quasi gehabt vom Kollegen Peter Stöckler. Seit 2013 haben wir das gleiche Spiel immer wieder und ich habe mir gedacht, das ist einfach ein guter Zeitpunkt, wo der Tegetthoff schließlich ganz einfach beteiligt war, dass man zu diesem Zeitpunkt das Denkmal schon fertig hat, aber ansonsten danke ich für die Zustimmung der ÖVP (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.***

## **8) Rad-Highway-Netz für die Stadt Graz**

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreiebnner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Stadtregierungsbank, hoher Gemeinderat! Wir haben in den letzten Tagen vielleicht in der Zeitung auch den Artikel gelesen, knapp eine Woche her, in Graz werden vier Millionen Kilometer mit dem Auto täglich zurückgelegt, das ist eine riesige, eine nahezu unglaubliche Zahl, aber allem Anschein nach ist das tatsächlich so. Wir haben vor kurzem Mobilitätskonzept-Maßnahmen beschlossen, wir haben natürlich Ziele, Mobilitätskonzept-Ziele beschlossen, wir sind damals von einem Radfahrer/Radfahrerinnen-Anteil von 2008 16 % losgestartet, das Ziel ist es, bis zum Jahr 2021 20 % an der innerstädtischen Mobilität RadfahrerInnen zu haben. Wir sind aber etwas abgebremst worden durch die letzte Modal-Split-Studie, die 2013 veröffentlicht worden ist, dort ist der Anteil eben von den 16,1 % 2008 wieder zurückgefallen auf 14,5 %. Nur zum Vergleich dazu, der AutofahrerInnen-Anteil, Fahrerinnen und MitfahrerInnen, hat sich im selben Zeitraum von 45,2 2008 auf fast 46,8 % 2013 erhöht und soll aber in drei Jahren und zehn Monaten bei 37 % liegen. Jetzt, glaube ich, sollten wir wirklich in die Maßnahmen-Ebene gehen, jetzt soll man wirklich versuchen, auch hier Einzelnes auf den Weg zu bringen, um hier die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Wir können über Mobilitätskonzept-Maßnahmen, wir können über Stadtentwicklungskonzepte uns selber Ziele verordnen, wir können uns selber Vorgaben geben, wenn wir aber immer mehr sehen, dass wir da mehr oder weniger mit großer Sicherheit nicht hinkommen oder sogar aufrecht unten durchlaufen werden, dann muss man was tun. Es geht um die Verkehrsraumaufteilung, es geht am Ende darum, dass es viel zu viele Stellen, viel zu viele Routen gibt, wo es für Radfahrer einfach aufgrund der Anzahl, der Nutzungsfrequenz usw. oder aufgrund eben von Lücken im System gar nicht möglich ist, noch mehr Radverkehr aufzunehmen. Als Beispiel sei angeführt die doch sehr stark frequentierte oder eine der stärkst-frequentierten Routen zwischen Hauptbahnhof und der Karl-Franzens-Universität beziehungsweise Stadtpark, da teilen sich FußgängerInnen und RadfahrerInnen wenige Meter Breite, teilweise ohne Barriere, also sehr unangenehme Voraussetzungen. Dazu noch darüber abbiegende Fahrzeuge oder zu flutende Fahrzeuge. Solche Situationen

gibt es immer wieder in verschiedenster Form. In Außenbezirken wird es dann teilweise noch schwieriger, wo Radfahranlagen noch gar nicht gebaut sind. Das heißt, um eine solche Trendumkehr zum ÖV, zum Zu-Fuß-Gehen, zum Radeln zu erreichen, um Sicherheit für RadfahrerInnen zum einen, aber natürlich auch für die FußgängerInnen, die da mitbetroffen sind, zu erhöhen, braucht es eben dementsprechende Anlagen. Wenn man ein bisschen über die Grenzen schaut, dann gibt es das, das gibt es in Kopenhagen, das gibt es in Deutschland, das gibt es in niederländischen Städten oder auch Zwischenstädten, das sind die sogenannten Radschnellwege, die Fahrrad-Highways und um die dreht es sich heute. Es geht darum, dass wir in Graz meines Erachtens schon lange überfällig ein Konzept brauchen, das solche Fahrrad-Highways, solche Radschnellrouten in Angriff nimmt, dafür ein Netz aufbaut, natürlich wird es auch Jahre dauern, wird wahrscheinlich bis 2020/2021 auch nicht vollständig umsetzbar sein, aber es wäre einmal wichtig, die Prüfung zu machen, zu schauen, wo ist der Bedarf da, wo geht das und in welcher Form geht das. Vielleicht muss man das auch über Fahrradstraßen usw. komplettieren. Auf jeden Fall sollten wir da in die Handlung gehen, deswegen man Antrag, der sich eben ausgehend von diesen Zielen, die wir haben und die uns in drei bis vier Jahren eben, die in drei bis vier Jahren zu erreichen sind, motiviert hat, ihn zu stellen.

In dem Sinne hoffe ich, dass ihr mich dabei unterstützt, wenn ich folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g**

einbringe: Der zuständige Verkehrsstadtrat, Mag. Mario Eustacchio wird beauftragt, ein flächendeckendes stadtweites Konzept für Fahrrad-Highways sowie im Einzelfall für weitere vergleichbare Fahrrad-Maßnahmen im Sinne des Motivenberichts, ich erwähnte Fahrrad-Straßen und Ähnliches mehr, zu erarbeiten und dieses Konzept inklusive Abschätzung der Umsetzungshorizonte und der groben Kosten bis spätestens zur Gemeinderatssitzung im September 2016 als Bericht vorzulegen.

Ich danke im Voraus für hoffentlich breite Zustimmung (*Applaus Grüne*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 18.25 Uhr den Vorsitz.***

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther** zur Dringlichkeit: Liebe KollegInnen, lieber Karl! Wenn ich das Wort Highway höre, dann muss ich dir ehrlich sagen, dann stößt es bei mir eher auf Abwehrhaltung, besonders wenn es im Zusammenhang mit Radfahrern ist, weil das unterstellt ja quasi wieder, was so häufig von den Radfahrgegnern getan wird, dass die Radfahrer rasen und dass sie rücksichtslos sind und das sind sie nicht, also zumindest bei weitem nicht alle. Ich zum Beispiel rase besonders dann nicht, wenn ich mit meiner Tochter unterwegs bin und da bin ich zum Glück nicht die Einzige, weil es gibt sehr viele, die mit ihren Kindern Fahrrad fahren und dafür, und das beinhaltet der Antrag ja zum Glück auch, ist es vor allen Dingen wichtig, dass es sichere Fahrradwege gibt in Graz. Das betone ich deshalb so, es gibt ja zum Teil Fahrradwege, aber ehrlich gesagt, wenn die nur auf zu enge Straßen am besten noch gegen die Einbahn draufgepinselt sind, dann finde ich das nicht sicher und nicht sicher finde ich es auch, wenn das Radfahren dann in Konkurrenz zu Fußgängern stattfindet, wie es ganz extrem zum Beispiel in der Annenstraße ist, wo das gerade an den Haltestellen immer wieder zu Konfliktsituationen führt und man dann schnell bremsen muss und gerade Kinder können das nicht. Insofern kann ich dieses Anliegen und überhaupt wir können dieses Anliegen, dass man für gute ausgebaute Fahrradstrecken sorgt, sich dafür einsetzt, ein getrenntes Netz schafft vom Autoverkehr, aber auch vom Fußgängerverkehr, dass man so etwas schafft, das können wir natürlich nur unterstützen und es ist auch sehr dringlich (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer:** Geschätzte Kollegen und Kolleginnen, Zuhörer und Zuhörerinnen, geschätzter Herr Stadtrat, geschätzte Stadträtinnen! Auch ich kann diesen Antrag nur voll unterstützen. Graz hat nicht nur, was das Abwasser betrifft, ein Mischsystem, sondern leider auch im Verkehrsbereich, was in einigen Situationen schon funktionieren kann, wenn man gegenseitig Rücksicht aufeinander nimmt und es ist, wenn man mit einer langsamen Geschwindigkeit unterwegs ist, auch gut möglich, aufeinander Rücksicht zu nehmen. Es kann auch funktionieren, siehe Sonnenfelsplatz, der schlussendlich jetzt in der Form auch durchaus funktioniert. Es funktioniert aber an vielen Stellen nicht und zwar immer dann, wenn eine Gruppe schnell unterwegs sein möchte und sich auch die Strecke dafür grundsätzlich eignet und wir haben dermaßen viele Gefahrenpunkte im Fahrradbereich, wo entweder Fahrradfahrer, weil die Wege zu eng sind, miteinander in Konflikt kommen oder wo Fahrradfahrer mit Fußgängern in Konflikt kommen, weil sie sich dieselbe Spur teilen müssen oder der Herr Stadtrat hat heute auf die Frage nach der Ostgürtel-Trasse geantwortet, über weite Bereiche wird es eine gemeinsame Bus- und Fahrradspur geben, auch das ist, wenn man es tatsächlich ausprobiert, meistens ein, wie soll ich sagen, das erhöht den Puls ziemlich, wenn der Bus hinter einem dahinfährt und undenkbar da zum Beispiel mit einem kleinen Kind, da bin ich bei dir, Christine, in so einer Situation zu fahren, ist undenkbar. Das heißt, das sind Notlösungen, das sind aber keine guten Lösungen, deswegen unterstütze ich das sehr, dass man sich den Stadtplan noch einmal gut ansieht, wo es Möglichkeiten geben würde, solche für Fahrräder zügiger und schneller befahrbare Wege herauszufinden, eine der Hauptverkehrslinien ist sicher der Mur entlang und auch hier durch den Gegenverkehr der Fahrräder und der Fußgänger ist es aber nicht möglich, hier tatsächlich einmal schneller Fahrrad zu fahren, das heißt, hier kann man sich vielleicht ein Einbahnsystem überlegen, die eine Richtung für die eine Strecke und umgekehrt. Also ich glaube, hier gibt es viele Möglichkeiten, der Wille muss da sein und den unterstützen wir mit diesem Antrag. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Antragsteller! Ja grundsätzlich, wie so oft, stellst du dieses Stück wieder an den falschen Stadtrat, auch hier dreht es sich um Finanzen. Stadträtin Rüschi hört eh zu. Deine Chefin, die Kollegin Rücker, wie sie das Verkehrsressort hatte, hatte für den Rad- und Gehwegausbau fünf Millionen Euro im Jahr zur Verfügung, wir haben nur mehr eine Million in etwa, wie die Verkehrsagenden jetzt verteilt sind.

***Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Rücker: Verhandlungssache.***

GR. Ing. **Lohr**: Ja, das ist immer Verhandlungssache, aber dazu gehören ja auch zwei Seiten. Heuer werden 1,5 Millionen Euro in den Geh- und Radweg ausgebaut, da sind natürlich nicht alle Dinge möglich und können abgebildet werden. Es gibt ein Geh- und Radwegprogramm der Verkehrsplanung, also keine neue Erfindung, die der Karl Dreisiebner hier wieder probiert. Diese Konzepte liegen alle vor und werden eben nach der Priorität abgehandelt. Highways, auch mir gefällt der Begriff nicht, verursachen dann natürlich noch viel höhere Kosten, die ein Vielfaches ausmachen und eben nicht abgebildet werden. Dann im Motivenbericht outest du dich wieder als Autofahrerhasser, wenn da geschrieben wird, es herrscht eine unglaubliche Dominanz des Kfz, dem sich alles unterzuordnen hat, also das ist schon sehr selektiv, es ist falsch und unsinnig, genauso wie der Antrag (*Applaus FPÖ*). Sollte die Dringlichkeit dennoch durchgehen, ist ja ein Abänderungsantrag in Aussicht gestellt, dem wir uns dann nicht verschließen werden (*Applaus FPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Ich muss schmunzelnd anmerken, dass der Herr Stadtrat, der Herr Chef von Ihnen, Herr Verkehrssprecher Lohr, manchmal schon weiter ist wie Sie noch sind, weil der sagt ja schon inzwischen offen, dass wir tatsächlich ein Problem haben mit der Verteilung des Raumes zwischen dem Auto und all den anderen Verkehrsteilnehmern. Das gibt er inzwischen ja auch zu, weil die Erkenntnis auch dort gelandet ist. Aber noch einmal zurück zu dieser Sorge mit dem langsam, schnell und mit dieser ganzen Frage, wie man in diesen wenigen Raum, der den RadfahrerInnen, Fußgängern übrig bleibt neben dem vielen Platz, der vor allem für das Abstellen von Autos, ob im Stau oder am Parkplatz in Graz, nach wie vor zur Verfügung steht, dann geht es doch in diesem Antrag noch einmal darum, etwas auseinanderzuklauben, es soll doch möglichst attraktiv sein für jene, die es eilig haben und dazu gehören zum Beispiel Berufspendler und Berufspendlerinnen und das sind nicht wenige Radfahrer und Radfahrerinnen, eine Möglichkeit ergänzend zu sicheren Radwegen für etwas langsamer unterwegs Seiende zu schaffen, damit es noch attraktiver wird, weil die Geschwindigkeit leider in unserem Leben doch eine Rolle spielt und natürlich, wenn du weite Strecken mit dem Rad zurücklegst, und ich kann nur empfehlen eine Route gibt es ja in Graz, die quasi als Highway nutzbar ist, die hat mein Vorgänger wiederum errichtet, nämlich, das ist die Radwegroute entlang der Südbahn, da ist man, ich habe es mir ausgerechnet, ich war einmal in 13 Minuten beim IKEA, das ist eine gute Strecke, keine Ampel, relativ sicher, relativ breit und solche Achsen stärker...

***Zwischenruf GR. Eber: Illegale Wortmeldung.***

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Ach so, illegale Wortmeldung, danke, deswegen murmelt ihr da. Dann habe ich eh alles gesagt, danke.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die Kollegin Rücker hat ein Sonderrecht in Anspruch genommen, sie hat schon zum Antrag gesprochen, bevor über die Dringlichkeit abgestimmt worden ist.

GR. **Haberler**: Ich habe mir gedacht, ich rede zur Dringlichkeit, wer weiß, ob sie durchgeht. Es ist Fahrrad-Highways, das Wort ist gefallen, das hat unser Herr Bürgermeister gesagt, das eine interessante Idee ist, um den Fahrradverkehr attraktiver zu machen und das ist natürlich auch das Ansinnen von der ÖVP. Soll aber nicht heißen, dass der Fahrrad-Highway zum Beispiel jetzt die Zinzendorfgasse, wo das auch einmal so im Raum war, für den Autoverkehr gesperrt wird, weil das natürlich auch, sondern das eine hat mit dem anderen nichts zu tun und das wollten wir differenzieren und wir werden der Dringlichkeit zustimmen und auch dem Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner**: Ich rede bestimmt nicht zum Inhalt, ich rede zur Dringlichkeit. Das Wort Highway, Fahrrad-Highway ist jetzt natürlich etwas, wo ich dankbar bin, wenn wir ein neues, ein anderes finden. Für mich signalisiert es ein bisschen mehr Exklusivität, den Anspruch, dort unterwegs sein zu können, um den Raum quasi prioritär zu haben und nicht das Tempo. Der in Deutschland verwendete Begriff des Schnellfahrerweges ist...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nicht zur Dringlichkeit.

GR. **Dreisiebner**: Es war eh ironisch gemeint.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.*

*Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.*

**9) Zugang aller Kinder und Jugendlichen zu Hilfeleistungen nach dem Behindertengesetz**

GR.<sup>in</sup> **Ribo**, MA stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Ribo**, MA: Liebe KollegInnen, liebe Gäste, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! In meinem Antrag geht es um ein sehr sensibles Thema. Im letzten Jahr wurde das Steirische Behindertengesetz novelliert. Bei dieser Novellierung wurde leider ein Satz gestrichen, der zwar nur wenige Menschen trifft, aber diese sehr hart trifft. Betroffene sind Kinder mit Behinderung, die als subsidiär Schutzberechtigte in der Steiermark leben und nun keinen Anspruch mehr auf Leistungen laut dem Behindertengesetz haben. Wichtig ist dazu zu sagen, dass auch vor der Novelle waren subsidiäre Schutzberechtigte generell zwar nicht als Anspruchsgruppe im Behindertengesetz definiert, allerdings waren Kinder bis zum 12. Lebensjahr davon

ausgenommen. Genaueres zu lesen unter § 2 Abs. 1 des Behindertengesetzes. Ganz wichtig muss man hier, oder ganz wichtig zu erwähnen ist hier die UN-Kinderkonvention, denn diese Änderung widerspricht der UN-Kinderkonvention und zur Einhaltung der Kinderkonvention hat sich Österreich verpflichtet und somit auch das Land Steiermark. Stichwort Artikel 2 UN-Kinderrechtskonvention. Es geht nicht um sehr viele Kinder, aber immerhin nach den Schätzungen der Hilfsorganisation geht es zirka um 20 Kinder, die eben von dieser Tatsache, von dieser Gesetzänderung betroffen sind und oft ist es so bei gesetzlichen Änderungen, dass wir uns nicht genau vorstellen können, was da jetzt wirklich der Fall ist, deswegen kann ich das oder werde ich das ganz kurz an zwei Praxisbeispielen versuchen zu erklären, wie schwer es eben diese Kinder trifft. Ein Beispiel, ein elf Jahre altes querschnittgelähmtes Mädchen aus Tschetschenien lebt mit seiner Mutter in Graz, beide haben den Status subsidiär Schutzberechtigte. Aufgrund der schweren Behinderung muss dieses Mädchen künstlich ernährt werden, Überwachungsgeräte sind notwendig, es muss Schleim abgesaugt werden und eben durch diese Änderung wird ein Großteil dieser Leistungen wegfallen oder ist schon weggefallen. Ganz absurd ist zum Beispiel, dass diese Mutter auch einen Duschstuhl zurückbringen musste, also man muss sich das wirklich vorstellen. Dann ein weiteres Beispiel, ein sechsjähriges Mädchen mit Autismus hat im September 2015 einen Fixplatz in einer Grazer Schule bekommen und weil es eben durch diese ganzen Gesetzesänderungen dazu gekommen ist, konnte der Transport dieses Mädchens, was eigentlich selbstverständlich sein soll, dass dieses Mädchen von der Schule mit einem Busunternehmen, was normalerweise eh üblich ist bei benachteiligten Kindern, dass das in die Schule befördert wurde, konnte das nicht sichergestellt werden und dieses Mädchen trotz zahlreichen Gesprächen mit den Zuständigen musste diesen Schulplatz aufgeben. Und da frage man sich wirklich, muss das sein beziehungsweise das darf nicht sein, dass bei Kindern mit Behinderung in der Steiermark auf diese Art und Weise gespart wird? Ich weiß, es geht um subsidiär Schutzberechtigte, diese haben keinen dauerhaften Aufenthalt hier in der Steiermark,

aber das wird ständig verlängert und wir dürfen nicht vergessen, diese Menschen leben hier.

Deswegen namens des grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionswege an die Steiermärkische Landesregierung heran und fordert diese auf, das Steiermärkische Behindertengesetz in dem Sinne zu novellieren, dass subsidiär schutzberechtigte Kinder und Jugendliche wieder als Anspruchsberechtigte aufgenommen werden und ich hoffe auf breite Zustimmung (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

GR.<sup>in</sup> **Potzinger** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Stadtrat, geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin Bedrana Ribo! Wir haben ja schon der Dringlichkeit zugestimmt. Ich wollte nur noch ein bisschen präzisieren, danke, dass du nachgereicht hast den Artikel 2 der Kinderrechtskonvention, das ist das exakte Zitat. Österreich hat ja schon 1992 die Kinderrechtskonvention der UNO ratifiziert und seit fünf Jahren sind die Kinderrechte auch im Verfassungsrang, das heißt, aus unserer Sicht wäre es verfassungswidrig, den behinderten Kindern nicht die gleiche Unterstützung zu gewähren, damit sie ein gutes Leben haben, wie nicht behinderten Kindern und das steht auch im Artikel 6 unserer Bundesverfassung, wo die Kinderrechte jetzt verankert sind. Der Form halber wollte ich nur noch darauf aufmerksam machen, dass ursprünglich im Behindertengesetz § 2 Abs. 1a die Einschränkung für Kinder bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres nicht gegolten hat. Nach der UN-Konvention der

Kinderrechte, dem angeschlossen auch unsere Bundesverfassung, sind Kinder definiert bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Selbstverständlich ist das jetzt im Antrag auch zum Ausdruck gekommen für Kinder und Jugendliche und selbstverständlich sind wir auch da dafür, dass die Leistungen für alle Kinder, also bis zur Volljährigkeit, da in vollem Maße gegeben sind, deshalb unsere Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Ribo**, MA: Danke für die breite Zustimmung, das freut mich natürlich sehr und ich bin auch sehr froh darüber, dass es uns im Grazer Gemeinderat trotzdem gelingt, immer wichtige Themen mit breiter Zustimmung auch voranzutreiben, auch wenn ohne die FPÖ, aber das überrascht mich jetzt nicht. Trotzdem an alle anderen Fraktionen danke (*Applaus Grüne*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 18.45 Uhr den Vorsitz.***

## **10) Ein- und Ausstiegssicherheit sowie Barrierefreiheit von Haltestellenbereichen**

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat! Ich versuche, die Kurve zu kriegen, wir haben heute in der früh angefangen mit Wasser und Bäumen und irgendwie dreht es sich ursachenmäßig in dem Fall jetzt auch um einen Baum, wobei man daran vielleicht das Problem sieht, aber das heißt ja nicht, dass man ihn entfernen muss. Also das heißt, es gibt sicher auch andere Lösungen, als

unbedingt diesen Baum zu entfernen. Um was geht es? Die Kolleginnen und Kollegen, die den Antrag gelesen haben, denen brauche ich nicht mehr viel erzählen, in Summe für die Zuhörer, es geht um einen Baum, der in St. Peter auf der Strecke Richtung St. Peter bei der Haltestelle St.-Peter-Friedhof steht und wenn man aus der Straßenbahn aussteigt, landet man eigentlich direkt im Schotter von dem Baum und hat man da effektiv das Problem, dass das unsicher ist; ich habe das selber gesehen, eine ältere Dame, die ausgestiegen ist und die fast dann hingefallen ist. In Summe geht es darum, das ist jetzt in dem spezifischen Fall ein Fall, der uns bekannt ist, eine Stolperfalle die einfach vorhanden ist durch den Schotter, und das kann einfach gefährlich werden. Einerseits durch Schnee durch Regen, es ist sicher nicht ideal, dass dieser Baum sich genau im Ausstiegsbereich der Straßenbahn befindet und der Grazer Gemeinderat hat ja auch den kommunalen Aktionsplan der Stadt Graz zum Abbau von Barrieren auch beschlossen, in dem viele Punkte drinnen stehen, um eigentlich solche Dinge, denke ich, von der Zielsetzung her zu vermeiden. Scheint aber sozusagen irgendwo in der Kommunikationsschnittstelle, irgendwo sollte da was nicht so perfekt gelaufen sein, denke ich mir, weil es vielleicht nicht der Plan dahinter gewesen, das so zu machen.

Dementsprechend würde ich folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g**

stellen: Das heißt, die zuständigen Abteilungen beziehungsweise Beteiligungen sollen so bald wie möglich eine Lösung für diese Gefahrenstelle finden und dementsprechend dann darüber berichten, was man da für eine Lösung gefunden hat und wie gesagt, möchte ich betonen, es gibt sicher auch Lösungen, wo man vielleicht den Baum nicht entfernen muss und die auch dementsprechend einfach umzusetzen sind und damit das in Zukunft nicht mehr passiert, weil ich denke mir, es wäre im Sinne aller, dass im Sinne der Barrierefreiheit dann auch die Zugänge gerade der hinteren Plätze, die auch

für ältere Personen auch gedacht sind, so designt werden, dass die Haltestellen so designt werden, dass eben keine Bäume beziehungsweise Schotterbereiche direkt vor den Haltestellen sind und damit man jetzt die Bäume nicht als die Schuldigen da hinstellen, auch keine Mistkübel und keine Plakatständer und Ähnliches in Wahlzeiten oder sonst irgendwo, da wir uns dem ja auch nähern, sprich, dass man einfach drauf schaut bei der Planung einer Haltestelle und dementsprechend ein Maßnahmenplan und ein Konzept abliefern. Dankeschön.

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher** zur Dringlichkeit: Wir können der Dringlichkeit aus folgendem Grund nicht zustimmen. Es ist zwar ein Missgeschick gerade in diesem Fall passiert der Holding, aber dieser Lindenbaum oder dieser Baum ist korrekt nachgepflanzt worden und es hätte nicht passieren sollen, dass sich dort dieses Pflanzsubstrat setzt, aber es ist halt leider passiert, aber dem wird schon nachgegangen laut meinen Erkundigungen, die ich heute eingeholt habe. Und die Holding überprüft eben diese Haltestelle und sucht nach Verbesserung der Situation. Zum Punkt zwei: dem Behindertenbeirat. Im Behindertenbeirat nehmen ja immer Menschen mit Behinderung teil und diese sagen dort auch, wo es Probleme gibt, das heißt, der Behindertenbeirat an sich befasst sich regelmäßig mit diesen Problemen und versucht auch Lösungen herbeizuführen. Zusätzlich gibt es noch Richtlinien für barrierefreie Gestaltung im öffentlichen Raum und für Neu- und Umbau von Ein- und Ausstiegsbereichen müssen diese Richtlinien berücksichtigt werden. Das heißt, der Antrag ist zwar gut, aber er hat keine Dringlichkeit aus unserer Sicht (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Nachdem ich gerade noch vor meiner ehemaligen Lieblingskollegin im Verkehrsausschuss und Planungsausschuss gehört habe, mache es kurz, mache ich

es kurz. Wir unterstützen die Dringlichkeit und den Inhalt dieses Antrages. Zum nämlichen Thema in der Moserhofgasse haben wir auch telefoniert, da ist wirklich ein Missgeschick passiert, die Haltestelle existiert ja schon lange, es kam zu Nachpflanzungen und warum das gerade am Einstiegsbereich der Haltestelle/erste Türe ist, wo normalerweise das Leitsystem usw. aufgebracht wird, das ist relativ unklar. Und genau deswegen, Haltestellenverlegung dort oder was auch immer, jedenfalls hoffentlich Baum erhalten, sind ja Möglichkeiten und genau deswegen wäre es gut, dass man auch schon Bestandshaltestellen anschaut, Busse wie Straßenbahn, es kann sich immer irgendwie die eine Abteilung ein bisschen was denken, was dann für andere nicht so passt und unter Einbeziehung des Beirates, das wäre für uns ein optimaler Zugang, natürlich auch der BezirksvorsteherInnen usw. Das wäre ein optimaler Zugang, es könnte dort oder da auch einmal irgendeine Werbung oder sonst was aufgestellt werden und man kann das, glaube ich, auch im kurzen und guten Weg verbessern und bereinigen. Also Dringlichkeit gegeben, inhaltlich Zustimmung, danke für den Antrag, Philip (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda:** Ein Kurzes, ein Aufklärendes. Es ist die klassische Frage, die vielleicht der eine oder andere kennt, wenn ich eine Straßenbahn sehe und die Ausgänge sind auf der linken Seite oder auf der rechten Seite, in welche Richtung fährt die Straßenbahn? In dem Fall, es handelt sich um die letzte Türe natürlich, es ist nicht die erste Türe, sondern es ist die letzte Türe hinten auf der Straßenbahn, weil der Karl gerade gemeint hat der Einstiegsbereich, es ist der Einstiegsbereich ganz hinten vor allem, das wollte ich nur schnell aufklären und, liebe Kollegin Schönbacher, wollte ich nur sagen wegen der Dringlichkeit, ich hoffe wirklich, dass es nicht dringlich ist, also das hoffe ich wirklich, dass da nichts passiert und auch sonst nirgendwo was passiert. Ich hoffe trotzdem um breite Zustimmung. Dankeschön.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.*

*Der Antrag wurde mit einstimmig angenommen.*